

KoBra Brasilicum

Ausgabe 255 | Oktober 2019

Brasilicum ISSN 2199-7594

Bolsonarismo in Brasilien Unternehmen und Menschenrechte



Brasiliens Höllensturz nach einem Gewitter namens
Bolsonaro

Marilene Alves de Souza

Klimaschutz ist abgebrannt

Bettina Müller

Transnationale Konzerne und Menschenrechte

Interview mit Cannelle Lavite

Unternehmerische Gesellschaftsverantwortung im
brasilianischen Kontext

Hélio da Costa

Umweltgerechtigkeit als Kontrapunkt zu Schäden durch
Megaprojekte

Confederação Sindical dos Trabalhadores das Américas (CSA)

Dammbrüche und Sirenengeheul

Klemens Laschefski

Entwicklungszusammenarbeit in schwierigen Zeiten

Thomas Fatheuer

Großer Aufschrei, dann tatenlos Zurückrudern

Christian Russau

Nachhaltige Regenwald-Produkte der Region Xingu

Uta Grunert

(Un)Sichtbare politische Frauen: Dandara dos Palmares

Uta Grunert

Der tödliche Kreislauf der Waffengewalt

Annette Mokler

Zeit für ein Lieferkettengesetz

Eva-Maria Reinwald

KoBra-Kooperation Brasilien e.V.

ist ein **Netzwerk** an der Schnittstelle von Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit, Akteur*innen der sozialen Bewegungen im deutschsprachigen Raum und Brasilien, wissenschaftlicher Organisationen und interessierter Öffentlichkeit.

Unser Ziel ist es, soziale Bewegungen in ihrem Engagement für eine gerechtere und nachhaltigere Welt zu stärken. Dabei verdeutlicht KoBra globale Zusammenhänge im brasilianischen Kontext.

Konkret heißt das:

Wir bieten ein **kritisches Austauschforum** für unsere Mitglieder und intensivieren den Dialog zwischen Organisationen im deutschsprachigen Raum und Brasilien.

Jährlich organisieren wir den **Runden Tisches Brasilien**, die größte Fachtagung zu Brasilien im deutschsprachigen Raum.

Die **Frühjahrstagung** ist Ort der Diskussion, Begegnung und Planung neuer Projekte.

Unsere Publikation **Brasilicum** berichtet über Politik, Soziales, Wirtschaft und Umwelt und bietet Hintergrundanalysen.

Die **Website www.kooperation-brasilien.org** informiert über unsere Schwerpunkte, Seminare, Veranstaltungen und vieles mehr. Außerdem haben unsere Mitglieder Raum, sich dort zu präsentieren.

Über unseren **Eilaktionsverteiler** verbreiten wir Aktionen zu Brasilien und versenden alle zwei Monate den **KoBra-Newsletter**.

Unterstützen Sie KoBra durch eine Mitgliedschaft oder ein Abonnement der Quartalszeitschrift Brasilicum!



Gefördert durch Brot für die Welt mit Mitteln des Kirchlichen Entwicklungsdienst und durch ENGAGEMENT GLOBAL mit Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

Brot
für die Welt



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

Herausgeberin KoBra - Kooperation Brasilien e.V.

V.i.S.d.P. Fabian Kern

Brasilicum ISSN 2199-7594

Redaktion Uta Grunert, Jan Erler, Fabian Kern, Clara Kolle de Farias Masou und Peter Zorn.

Übersetzungen Monika Ottermann und Sabine Reiter.

Druck/Design printed auf Recycling Papier, Druckwerkstatt im Grün, Freiburg. Designkonzept: rainerjooss@hotmail.com, Artwork von Fabiana Cenzi-Filder mit Scribus (Opensource Software unter GNU Lizenz).

Titelbild Anklage des Bergbaukonzerns Vale und Gedenken der Opfer des Dammbrochs von Mariana beim Weltsozialforum 2018 in Salvador. Foto: Uta Grunert | Rückseite: Protest gegen Ausbau der Wasserkraft ohne Beteiligung lokaler und indigener Bevölkerung beim Alternativen Weltwasserforum FAMA 2018 Foto: Uta Grunert.

Bezug/Kontakt KoBra - Kooperation Brasilien e.V., c/o iz3w, Kronenstraße 16a, 79100 Freiburg
Telefon 0049 (0)761 600 69-26 | Mail: info@kooperation-brasilien.org | www.kooperation-brasilien.org

Die in den Artikeln geäußerten Standpunkte spiegeln die Meinung der Autor*innen wider und sind nicht zwangsläufig mit den Standpunkten der Redaktion identisch.

Editorial

Im Namen von Fortschritt und Wirtschaftsleistung werden bis heute die Kolonialisierung und der Raubbau in Brasilien immer weiter vorangetrieben. Heute sind es nicht mehr die Gesandten des portugiesischen Königs oder die Militärregierung, die auf der Basis hegemonialer Machtstrukturen Ausbeutung betreiben. Im 21. Jahrhundert unterwerfen internationale Investmentfonds in Kooperation mit lokalen Unternehmergrößen die traditionellen Völker und Gemeinschaften, zu denen Indigene ebenso gehören wie die Nachfahren geflohener Sklaven (Quilombol@s) oder die Nachfahren der Kautschukzapfer*innen um Chico Mendes. Sie alle verteidigen Tag für Tag die natürlichen Ressourcen und ihre Lebensgrundlage gegen den Raubbau der Großkonzerne.

Das Kapital, das Unternehmen wie den Fleischkonzern JBS oder den Bergbauriesen Vale finanziert und auch den großen Teil der Gewinne einstreicht, hat keine Staatsangehörigkeit. Die Aktien dieser Unternehmen werden neben Brasilien ebenso in Europa und den USA gehandelt. In ihrem überwiegend profitorientierten System tauchen Umweltschutz, Menschenrechte und demokratische Mitbestimmung höchstens als Fußnote oder in Geschäftsberichten als Investitionsrisiko auf.

Viele politische Entscheidungsträger*innen in Brasilien werden von Konzernen bestochen, bedroht oder gehören bereits zur Familie. Wahlkampfspenden sind an der Tagesordnung und machen den Weg frei für eine unternehmensfreundliche Politik, wie sie Bolaonaro und seine Regierung gerade über Menschenrechte, Umwelt- und Minderheitenschutz stellen. Die Korruptionsskandale stürzten zwar Präsident*innen und andere machtvolle Politiker*innen, aber die großen Konzerne kaufen sich einfach frei. Zwar sind die Milliardenstrafen rekordverdächtig, aber wenn wir die Summen mit den Gewinnen der letzten Jahrzehnte vergleichen, erweisen sich die Schmiergeldzahlungen unterm Strich als ein gutes Geschäft. Genauso wenig führten die fatalen Dammbrüche in Mariana und

Brumadinho zu einem wirtschaftlichen Schaden für das verantwortliche Unternehmen, zumal die Strafverfolgung und Haftbarmachung transnationaler Unternehmen juristisch ihre Tücken haben. Der Profit geht über Leichen! Jedes Jahr sterben hunderte Menschen in Landkonflikten in Brasilien, Tendenz steigend. Brennende Wälder in der Amazonasregion, im Cerrado und in anderen Waldgebieten des Landes sind die Folge einer Regierungsrhetorik, die als Freibrief zur Aneignung von Land verstanden wird. Die Ausbeutung scheint legitim, die Konfliktlage verschärft sich.

Der Gipfel der Unverfrorenheit ist jedoch, wenn die Verantwortlichen sich als die Welt ernährer darstellen. Dabei ist es doch gerade die Fleischindustrie, die manchmal auf dem Umweg der Futtermittelproduktion, die Lebensgrundlage von Kleinbäuerinnen und Kleinbauern zerstört, die die Menschheit eigentlich ernährt.

Wir sind Teil dieses Systems, auch wenn wir tausende Kilometer von Brasilien entfernt leben. Wir freuen uns über günstiges Fleisch, das entweder direkt aus Brasilien importiert oder durch billiges, gentechnisch verändertes Soja aus Brasilien gemästet wurde. Wir bauen Häuser, Straßen und Autos mit Metallverbindungen, die z.B. der Bergbau riesen Vale in Brasilien fördert. Die Renten- und Pensionsfonds sind von diesem Wirtschaftssystem abhängig, damit wir am Ende unserer Arbeitslebens etwas von der Altersvorsorge genießen können. Bislang ist es nicht gelungen, unsere Wirtschaft zu verbindlichen Regeln im Bezug auf Umweltschutz und Menschenrechten entlang der Lieferketten zu verpflichten. Das muss sich dringend ändern! Die Beiträge in diesem Heft belegen dies.

die Redaktion



Die Behauptung ist nicht übertrieben, dass Brasilien heute in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht eine der schlimmsten Krisen seiner gesamten Geschichte durchlebt. Wenige Male nur war die Demokratie so sehr in Gefahr. Um zu verstehen, wie dieses riesige lateinamerikanische Land vom Paradies in die Hölle absteigen konnte, ist es notwendig, sich die geopolitischen, wirtschaftlichen, kulturellen und medialen Faktoren ins Gedächtnis zu rufen, die dorthin geführt haben. Im Wettstreit zwischen China und den USA um wirtschaftliche, politische und ideologische Vorherrschaft wurde Brasilien – ebenso wie Venezuela und die Länder des Nahen Ostens – zum bevorzugten Ziel für Entwicklungsvorhaben der Amerikaner. Mit der Entdeckung gigantischer Erdölvorkommen, der wichtigsten Energiequelle überhaupt, verstärkte sich das Interesse der Vereinigten Staaten als weltweit größtem Erdölverbraucher an Brasilien noch mehr.

Brasiliens Höllensturz nach einem Gewitter namens Bolsonaro

von Marilene Alves de Souza*

Erinnern wir uns an den Juli 2006, als in einer Meerestiefe von 8.000 Metern ein Ölvorkommen von geschätzten 143 Milliarden Barrel entdeckt wurde, das sich über ca. 800 km entlang der brasilianischen Küste erstreckt. Im November 2007 wurde ein neues Erdölfeld mit weiteren 5 bis 8 Milliarden Barrel lokalisiert. Im Januar 2008, nur etwas über ein Jahr später, wurden beim staatlichen Erdölunternehmen Petrobras Notebooks und Festplatten mit Informationen über eine im Meer bei Santos betriebene Sonde entwendet. Diese enthielten geheime Daten über die Ölförderung vor Ort.

Dokumente der Nationalen Sicherheitsbehörde (NSA) der USA, die durch den Ex-Mitarbeiter der Behörde Edward Snowden enthüllt wurden, zeigen, dass auch Petrobras von den Amerikanern ausspioniert worden war. Vor allem die Technologie zur Ölförderung in großen Tiefen der Pré-Sal-Schicht könnte das Ziel der Spionage gewesen sein. Der Name Petrobras taucht in einem Dokument zum Training von NSA-Agenten auf, in dem es darum geht, in private Netze von verschiedenen Institutionen wie Petrobras oder dem französischen Außenministerium einzudringen.

Ein weiteres offizielles Dokument des amerikanischen Konsulats in Rio de Janeiro an den Sekretär des Bundesstaates trägt den Titel „Kann die Erdölindustrie das Gesetz über Meeresölvorkommen rückumwandeln?“ und gelangte ebenfalls durch

Wikileaks an die Öffentlichkeit. In dem Dokument hieß es übereinstimmend mit der Bewertung Patrícia Pradals, Direktorin von Chevron und Repräsentantin des brasilianischen Erdölinstituts IBP, es sei unmöglich, mit dem Angebot staatseigener Betriebe wie dem chinesischen Sinopec und dem russischen Gazprom zu konkurrieren, sollte Petrobras Hauptförderunternehmen bleiben. Pradal prognostizierte, dass das Unternehmen den Zuschlag bekäme, das dem brasilianischen Staat den größten Gewinn einbrächte und dass die Chinesen von allen zu schlagen seien. Damals war der Blick der USA und Chinas auf die Entdeckung des größten Erdölvorkommens der Welt gerichtet. Die Zeitung *The Economist* machte sogar in einer Artikelüberschrift die Anspielung: „Ist Gott am Ende doch ein Brasilianer?“.

Der Optimismus war gerechtfertigt: Das Erdöl schien die Eintrittskarte Brasiliens zu sein, um endgültig in den Kreis der

größten Weltmächte aufgenommen zu werden. Die erwiesene Spionage der USA beantwortete Ex-Präsidentin Dilma Rousseff 2013 mit einem Gesetz, das 75% der Lizenzen für die Ölförderrechte dem Bildungs- und 25% dem Gesundheitssektor zuwies und damit für den größten Reichtum des brasilianischen Staates eine bestmögliche strategische

Verwendung schuf. Die Lizenzen stellten eine Investition in die Bildung von 112 Milliarden R\$ in 10 Jahren und 362 Milliarden R\$ in 30 Jahren dar. Was aber als Rettung für die Demokratie in Brasilien erschien, verwandelte sich in ihre größte Bedrohung.

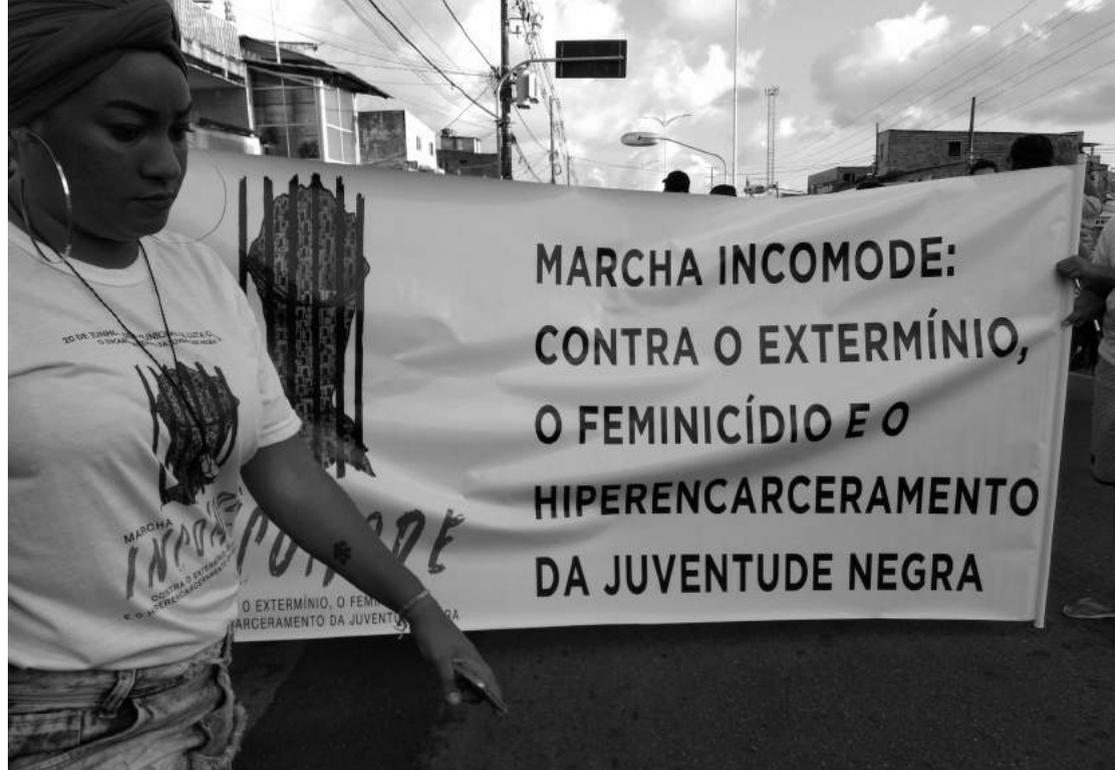
Im selben Jahr 2013 gingen Tausende von vorwiegend jungen Demonstrant*innen auf die Straße und protestierten gegen die brasilianische Regierung aus diffusen Beweggründen. Der Ursprung waren die Proteste gegen die Anhebung der Tarife für den öffentlichen Transport. Eine Bewegung, die dem Arabischen Frühling ähnelte und stark beeinflusst war durch Rede Globo, einen Fernsehsender, der seinen Zugang zur Öffentlichkeit dazu benutzte, zu Straßendemonstrationen gegen die PT-Regierung und sogar gegen das demokratische System aufzurufen. Dilma Rousseff, die bereits wegen ihrer Wirtschaftspolitik und ihres geringen Dialogs mit dem Nationalkongress in der Kritik stand, sah ihre Popularität im freien Fall. Wenn die Präsidentin vorher bereits Schwierigkeiten gehabt hatte, Unterstützung bei der Verabschiedung von notwendigen Reformen zur Bewältigung der weltweiten Finanzkrise zu erhalten, bekam sie ab Juni 2013 die systematische Opposition von Abgeordnetenhaus und Senat zu spüren. Es gab keinen anderen politischen Ausweg als die Präsidentschaftswahlen 2014 abzuwarten.

Trotz Unsicherheiten gelang es der Arbeiterpartei (PT) die Wahlen zu gewinnen und Dilma Rousseff wurde für ein Mandat von weiteren vier Jahren wiedergewählt. Es war der vierte Sieg in Folge für die Partei mit der größten Basis in Lateinamerika, was allerdings nicht bedeutete, dass sie damit auch regierungsfähig war. Nach intensiv betriebener Demoralisierung linker Parteien, Kriminalisierung der Politik und Diskreditierung des demokratischen Prozesses stimmte der Nationalkongress 2016 für eine Amtsenthebung Dilma Rousseffs. Der Vize-Präsident

Michel Temer, der bereits mit der Regierung, in die er gewählt worden war, gebrochen hatte, übernahm das Amt und setzte den Anfang für eine Flexibilisierung der Arbeitsgesetze sowie eine Absenkung der sozialen Leistungen.

Hintergrund und gleichzeitig Stützgerüst für die Krise in der Politik und in Bezug auf ihre Repräsentant*innen war die Operation Lava Jato (dt. „Waschanlage“), eine Maßnahme von Bundespolizei und Staatsanwaltschaft mit dem erklärten Ziel, aktive und passive Korruptionsverbrechen zu verfolgen. Der zu bekämpfende Feind war das traditionelle politische System. Es bestand aus Regierungsparteien, den sie unterstützenden Unternehmen und einem konventionellen, druckanfälligen Rechtssystem. Die neue Macht sollte das Ergebnis einer Partnerschaft von jungen Richter*innen und Anwält*innen sowie Abgeordneten – mit anderen Worten: ihnen selbst – mit dem sein, was der damalige Richter und heutige Justizminister Sérgio Moro als „aufgeklärte öffentliche Meinung“ definierte, also den traditionellen Medienverbänden.

Im Laufe der Zeit wurde die Voreingenommenheit der Operation Lava Jato immer deutlicher. Von den Untersuchungen und Verhaftungen waren ausschließlich linke Parteien und speziell die PT betroffen. Das Privatleben unzähliger Parteiführer*innen wurde durchstöbert. Diese wurden daraufhin verhaftet, ohne stichhaltige Beweise und ohne, dass ein Einspruch alle Instanzen durchlaufen hatte. Unter ihnen auch der ehemalige Präsident Luiz Inácio Lula da Silva, wichtigster politischer Führer Brasiliens und Südamerikas. Kürzlich wurden auf der Internetseite The Intercept des Journalisten Glenn



Der unbequeme Marsch. Proteste gegen Feminizid und Masseninhaftierung der schwarzen Jugend am 18. Juni 2019 in Salvador da Bahia.
Foto: CESE.

Greenwald Dokumente aus anonymer Quelle veröffentlicht, die beweisen, dass der verantwortliche Richter Sérgio Moro als Assistent der Anklage agiert und damit das Grundprinzip des Richteramts, die Einhaltung gleichen Abstands gegenüber den Verfahrensbeteiligten, verletzt hatte.

Die Inhaftierung von Ex-Präsident Lula, der im Präsidentschaftswahlkampf 2018 als Favorit galt, schuf die Voraussetzungen für die Wahl des Kandidaten der äußersten Rechten, Jair Bolsonaro. Mit seinem Hassdiskurs, seinem kulturellen und religiösen Fundamentalismus, der Verachtung Intellektueller und der Presse sowie Angriffen auf Gender-Diversity befeuerte Bolsonaro eine Fake-News-Maschinerie gegen seine Konkurrent*innen. Seine Wahl verdankte er den Lügen, die er verbreitet hatte, und der schweigenden Duldung durch die brasilianischen Medien angesichts von anerkennenden Äußerungen gegenüber Folterern des Militärregimes, Verharmlosung von Vergewaltigungen und Rechtfertigung von Schusswaffen.

Eine Zusammenfassung der ersten Monate Bolsonaros an der brasilianischen Regierungsspitze liefert ein düsteres Bild dieses ehemals in der Welt bewunderten Landes. Die Arbeitslosigkeit erreichte ein trauriges Niveau von 13 Millionen. Abgesehen von den hohen Arbeitslosenzahlen und einem Anstieg der informellen Beschäftigungsverhältnisse ist die Amtsführung Bolsonaros gekennzeichnet durch die Tendenz zur Prekarisierung und zum Outsourcing von Jobs. Schüler*innen und Lehrpersonen wurden zu ihren politischen Positionen befragt, und der Präsident selbst schlug sogar vor, „Lehrende mit

linksideologischen Diskursen“ zu filmen und zu denunzieren. Im Kulturbereich wurden Filme mit LGBT-Thematik aus dem Programm genommen, und dem Kulturministerium wurde eine ideologische Kontrollfunktion übertragen.

Um das Bild eines brasilianischen Infernos zu vervollständigen, sei darauf verwiesen, dass die Umweltpolitik der Regierung einzig darin besteht, die Gesetze und Institutionen zum Schutz und zur Kontrolle der Umwelt zu schwächen, indigene Gruppen und Schutzgebiete anzugreifen sowie Maßnahmen zu ergreifen, den Umweltsündern Vorteile und Anreize zur illegalen Abholzung zu verschaffen. Im August standen Wälder in den nördlichen Bundesstaaten in Flammen. Diese Brände griffen auf Acre, Rondônia, Mato Grosso und Mato Grosso do Sul über und schlossen Gebiete des Amazonaswaldes und des Pantanal ein. Die Waldbrände erreichten bereits das Dreiländereck zwischen Brasilien, Bolivien und Paraguay. Daten des Nationalen Instituts für Weltraumforschung (INPE) zufolge nahm die Anzahl der Brandherde zwischen Januar und August 2019 um 82% zu gegenüber dem gleichen Zeitraum 2018. Zwischen dem 1. Januar und dem 18. August dieses Jahres wurden 71.497 Brandherde registriert, im Vergleich zu 39.194 Brandherden im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

Das Amazonasgebiet ist mit 51,9% aller Fälle das am stärksten betroffene Biom, gefolgt vom Cerrado (Savanne) mit 30,7% der registrierten Brände. Kürzlich von INPE veröffentlichte Daten des Warnsystems in Realzeit DETER zeigen zwischen Juli und August 2019 eine Zunahme der Warnungen im Bereich der Abholzungen um mehr als 40%. In der Dokumentationsgeschichte wurden für den August die größten Verluste an Waldfläche registriert: 2.254,9 km² wurden durch Feuer vernichtet. Im August 2018 waren es 596,6 km² - ein Anstieg um 278%. Abgesehen davon gibt es die alarmierende Rekordfreigabe von 239 Agrochemikalien, 43% davon hoch- oder höchstgiftig und 31% davon in der EU verboten.

Der UN-Berichtersteller für extreme Armut und Menschenrechte Philip Alston erklärte, die politischen Maßnahmen Bolsonaros seien eine Bedrohung für die Umwelt mit globalem Ausmaß. Die deutsche Kanzlerin Angela Merkel sagte, sie beobachte die Situation in Brasilien mit „großer Sorge“. Sie bezeichnete die Situation als dramatisch, besonders im Amazonasgebiet. Der französische Präsident Emmanuel Macron ging darüber hinaus und erklärte, er würde ein Handelsabkommen zwischen der EU und Mercosur nicht unterzeichnen, wenn Bolsonaro aus dem Klimaabkommen von Paris aussteige. Die Flut der internationalen Kritik ist nicht nur berechtigt, sondern wiegt schwer.

Vor diesem erschütternden Bild von Unsicherheiten jeglicher Art sollten wir, linke Parlamentarier*innen, unser Handeln

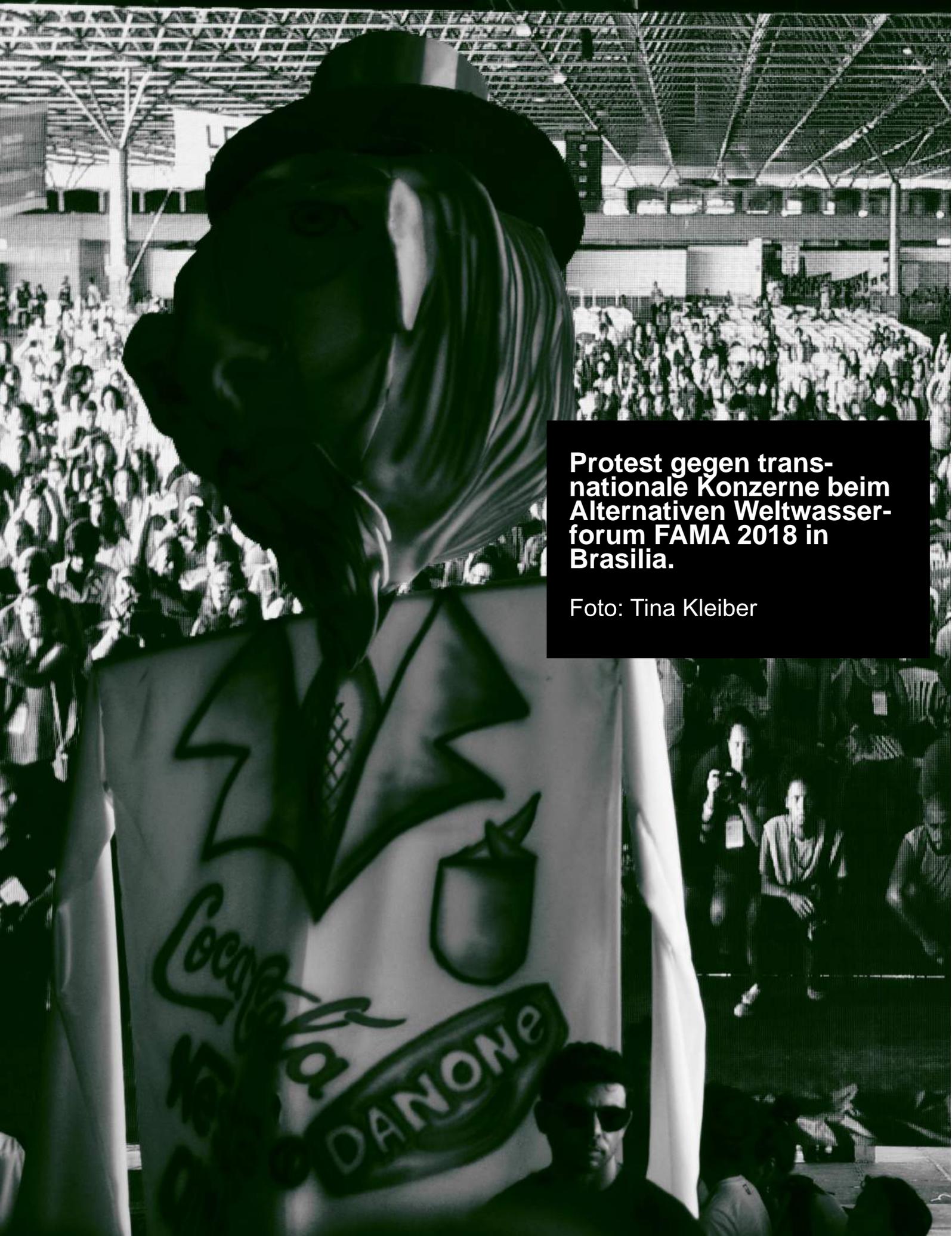
überdenken. Trotz des internationalen Drucks kann man die Gründe für den aktuellen Verlust des Rückhalts in der Bevölkerung heute, unter dem Druck von „Belagerung und Vernichtung“, nicht nur beim politischen Gegner suchen. Sie liegen auch zu einem großen Anteil darin, dass man die Strategie für das Vorantreiben struktureller Veränderungen aufgegeben hat. Selbst als die linken Regierungen noch positive Kräfte bündeln konnten, folgten sie der Wahllogik. Die Fragmentierung einer Volksbewegung und die Verbindungslosigkeit zwischen Anführer*innen und ihrer Basis stellen einen Bruch in der Partnerschaft mit der Bevölkerung dar.

Unsere Herausforderung besteht darin, nach einem taktischen Rückzug in aktiven Widerstand zu gehen, was bedeutet, dass Initiativen vorangebracht werden müssen, die das Überleben sichern und Leben retten. Wir müssen das Überleben der linken Ideologie und Politik garantieren. Die gesellschaftliche Wirklichkeit muss analysiert und neu interpretiert werden, um unserem politischen Aktivismus eine neue Qualität zu geben. Die Arbeit an der Basis muss wieder aufgenommen werden, und Widersprüche sollten genutzt werden, um anzuklagen und die Bevölkerung zur Verteidigung ihrer Rechte zu mobilisieren. Kein Gewitter dauert ewig, und Brasilien wird aus diesem Sturm mit der Liebe zu einer gereiften Demokratie hervorgehen. ■

* Marilene Alves de Souza ist PT-Landtagsabgeordnete und Präsidentin der Kommission für Menschenrechte der gesetzgebenden Versammlung von Minas Gerais. Sie studierte Biologie und soziale Entwicklung an der Universidade Estadual de Montes Claros (UNIMONTES). Sie wirkte in der nationalen Koordination des Nationalverbands für die semiaride Vegetation Brasiliens mit, war Mitglied der Leitung des Nationalverbands für Agroökologie und Beraterin im Nationalrat für Lebensmittelsicherheit.

> Übersetzung aus dem brasilianischen Portugiesisch von Sabine Reiter.

Hintergrund:
https://www.bbc.com/portuguese/noticias/2013/09/130908_eua_snowden_petrobras_dilma_mm
<https://pt.org.br/geopolitica-do-golpe-da-descoberta-do-pre-sal-a-entrega-do-pais/>
<https://jornalggn.com.br/analise/historia-do-golpe-como-a-lava-jato-foi-pensada-como-uma-operacao-de-guerra-por-luis-nassif/>
<https://www.greenpeace.org/brasil/blog/seis-meses-de-bolsonaro-ataques-ao-meio-ambiente-atingem-a-economia/>



**Protest gegen trans-
nationale Konzerne beim
Alternativen Weltwasser-
forum FAMA 2018 in
Brasilia.**

Foto: Tina Kleiber

Eine zunehmende Kriminalisierung von Indigenen, Umweltaktivist*innen und Kleinbäuer*innen, die massive Abholzung des Regenwaldes sowie die Zulassung hunderter neuer Agrargifte, die zu einem extremen Bienensterben führen - das ist die Bilanz der erst neun Monate währenden Regierungszeit von Jair Bolsonaro. Jetzt brennt der Regenwald in Amazonien. Die kürzlich erzielte Einigung über ein Abkommen zwischen dem Mercosur und der EU bröckelt.

Klimaschutz ist abgebrannt Wieso das EU-Mercosur Abkommen die Klimakrise verstärken würde

von Bettina Müller*

Es war ein historischer Tag. Am 28. Juni 2019 erzielten die EU-Kommission und der südamerikanische Wirtschaftsraum Mercosur nach fast zwanzigjähriger Verhandlung eine Grundsatzerklärung über ein Handelsabkommen. Während der scheidende Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker und Handelskommissarin Cecilia Malmström sich in ihren Lobpreisungen überschlugen, waren Arbeitnehmer*innenvertretungen und andere Agierende aus der Zivilgesellschaft schockiert. Das brasilianische Netzwerk Rebrip bezeichnete den Vertrag als eine „Tragödie“ für die nachhaltige Entwicklung. Die Gewerkschaftsdachverbände des Mercosur sprachen von „einem Todesurteil für unsere Industrien“ und einen großen Teil der Arbeitsplätze.

Gut für die Agrarlobby, schlecht fürs Klima

Um die ausländische Nachfrage nach Soja und anderen Agrarprodukten zu decken, sind bereits jetzt Großteile der Mercosur-Länder mit Monokulturen gentechnisch veränderter Pflanzen bedeckt. In Argentinien beispielsweise sind 60 % der gesamten Ackerfläche mit Soja bepflanzt, die fast zu 100 % gentechnisch manipuliert ist und regelmäßig mit Pestiziden wie Glyphosat besprüht wird. 94 % des Sojaschrotts und 52 % der Sojabohnen, die die EU auf dem Weltmarkt einkauft, und die dann in den Futtertrögen der europäischen Tierfabriken landen, stammen aus dem Mercosur.

Spätestens seit den massiven Waldbränden in Amazonien im August dieses Jahres wissen wir, eine Ausweitung dieses auf Monokulturen und Viehwirtschaft beruhende Produktionsmodells der Mercosurländer kommt einem Todesurteil für Klima- und Umweltschutz gleich. Nichtsdestotrotz haben die Verhandlungsführer*innen der EU und des Mercosur ambitionierte Exportvereinbarungen beschlossen.

Laut Grundsatzerklärung wird die EU ihren Agrarsektor zu 82% sofort für landwirtschaftliche Produkte aus dem Mercosur öffnen, sprich ihre Zölle auf Null senken. Geht es nach den Verhandlungsparteien werden zukünftig auch europäische Autos vermehrt mit „Bioethanol“ aus südamerikanischem Zuckerrohr betankt. 200.000 Tonnen sollen mit geringeren Zöllen in die EU eingeführt werden dürfen. Zum Vergleich, Brasilien, das derzeit der wichtigste Mercosur-Exporteur von Ethanol ist, führte 2017 nur knapp 15.000 Tonnen in die EU ein. Zuckerrohr bedeckt bereits jetzt 9 Millionen Hektar des brasilianischen Ackerlandes. Das entspricht mehr als Dreiviertel der gesamten Ackerfläche Deutschlands.

Durch das EU-Mercosur Abkommen werden also Anreize geschaffen, die landwirtschaftlichen Monokulturen in den südamerikanischen Ländern auszubauen.

Große, industriell bewirtschaftete Flächen verdrängen Kleinbauern und -bäuerinnen, die Nahrungsmittel für den lokalen Markt produzieren. Bodenerosion und -kontamination, Verlust von Biodiversität und Verunreinigung des Trinkwassers sind nur einige der Konsequenzen dieses Produktionsmodells.

Auch die Einfuhr von Fleisch soll noch einmal gesteigert werden. Bereits jetzt stammen 73 % der Rindfleischimporte und 56 % der Hühnerfleischimporte in die EU aus dem südamerikanischen Verbund. Die Grundsatzerklärung sieht vor, dass zukünftig 99.000 Tonnen Rindfleisch, 180.000 Tonnen Hühnerfleisch und 25.000 Tonnen Schweinefleisch teilweise komplett zollfrei, teilweise gering bezollt, in die EU kommen dürfen. Die angeblich ambitionierte Klimaschutzpolitik der EU wird dadurch als Täuschung enttarnt. In Brasilien gehören die Rinderherden zu den hauptsächlichen Treibern der Entwaldung, besonders im amazonischen Regenwald.

Ein Journalist*innen-Team enthüllte jüngst, dass der brasilianische Konzern JBS – der größte Fleischverarbeiter der Welt – Tausende von Rindern schlachtete, die seine Lieferanten auf illegal abgeholzten Amazonasflächen gemästet hatten. Tatsächlich wird davon ausgegangen, dass die seit August andauernden, massiven Waldbrände auf Brandstiftung zurückzuführen sind, um Flächen vor allem für die Viehzucht freizulegen.

Auf ewig Rohstofflieferanten

Doch noch ein weiterer Aspekt des Abkommens würde der weiteren Abholzung der klimaschützenden Urwälder der Mercosur-Länder Vorschub leisten. Denn diese haben zugestimmt, die Zölle für mehr als 90 % aller EU-Exporte von Autos, Autoteilen, Maschinen, chemischen Produkten und Medikamenten

über einen Zeitraum von 15 Jahren abzuschaffen. Dies ist ein herber Rückschlag für die Industrie, vor allem in Brasilien und Argentinien, da sie nicht in gleichem Maße wettbewerbsfähig ist wie die europäische Industrie. Guillermo Moretti, Vizepräsident des Argentinischen Industrieverbandes sagte kurz nach Bekanntgabe der Grundsatzvereinbarung: „Ich bin besorgt. Die Länder, die dieses Abkommen ausgehandelt haben, weisen ein Handelsbilanzdefizit mit der Europäischen Union auf. Das Bruttoinlandsprodukt der EU ist fünf Mal so groß wie das des Mercosur und dort werden zehn Mal so viele Patente angemeldet wie bei uns. Die Auswirkungen des Abkommens auf den internen Markt werden massiv sein.“

Gleichzeitig bedeutet dies empfindliche Verluste aus Zolleinnahmen für die Mercosur-Staaten. Um diese zu kompensieren, müssten sie wesentlich mehr exportieren. Da die industriellen Produkte der Länder nicht wettbewerbsfähig sind, bleiben nur noch die Ausweitung der landwirtschaftlichen Produktion und der Abbau natürlicher Rohstoffe. Mehr Waldbrände, eine fortschreitende Abholzung und damit eine Intensivierung der Klimakrise sind also vorprogrammiert. Da hilft es auch nichts, dass sich die Vertragsparteien dazu verpflichten, das Pariser Klimaabkommen effektiv umzusetzen. Denn gerade diese „Verpflichtung“ fällt unter das Nachhaltigkeitskapitel. Dieses enthält, anders als die anderen Kapitel, keine verbindlichen Durchsetzungsmechanismen, ist also zahn- und praktisch wirkungslos.

Insgesamt schreibt das Abkommen die Position der Südländer als Rohstoff- und Lebensmittellieferanten in der internationalen Arbeitsteilung fest – und damit auch ihre Abhängigkeit von den Industrieländern.

Das Abkommen kann gestoppt werden

Noch sind die Verhandlungen zum EU-Mercosur Abkommen nicht beendet. Tatsächlich können noch bis Mai 2020 Änderungen an den Texten vorgenommen werden. Erst dann beginnt der Prozess der juristischen Reinschrift (legal scrubbing) und anschließend das Ratifizierungsverfahren. Die Waldbrände in Amazonien haben die anfängliche Euphorie jedoch vorerst verflie-

gen lassen. Frankreich, Irland, Luxemburg, aber auch Österreich haben angekündigt, dem Abkommen in dieser Form nicht zuzustimmen. Die deutsche Regierung hält trotz der Waldbrände und den flagranten Zuwiderhandlungen Brasiliens bezüglich des Pariser Abkommens an dem Deal fest. Damit er überhaupt ins EU-Parlament kommt, muss er jedoch erst einmal vom EU-Rat, sprich den Regierungschef*innen aller EU-Mitgliedsstaaten, einstimmig beschlossen werden.

Die Wahrscheinlichkeit, dass das Abkommen in naher Zukunft das Tageslicht erblickt, ist gering. Doch vom Tisch ist es noch nicht. Daher sollte die Gunst der Stunde genutzt werden, um auf die Schädlichkeit dieses und ähnlicher Abkommen, wie das EU-Kanada Abkommen (CETA, Comprehensive and Economic Trade Agreement), hinzuweisen. Angesichts der Klimakrise, des massiven Verlustes an Biodiversität, der wachsenden Kluft zwischen Arm und Reich, Nord und Süd, dürfen keine weiteren Abkommen unterzeichnet werden, die dieser Realität keine Rechnung tragen. TTIP konnte gestoppt werden – warum nicht auch EU-Mercosur? ■

* Bettina Müller ist Referentin zu Handels- und Investitionspolitik bei PowerShift e.V.

Rinderherden als ein hauptsächlicher Treiber der Entwaldung in Amazonien.
Quelle: Rural Pecuaría



Das ECCHR (European Center for Constitutional and Human Rights) verteidigt Menschenrechte mit juristischen Mitteln. Es geht darum, strukturelles Unrecht offenzulegen und Rechtsansprüche für Betroffene geltend zu machen. Die politische Macht und Einflussnahme von transnationalen Konzernen ist auch in Brasilien gewachsen. Im Schadensfall liegt zwischen Verursacher und Opfer ein sehr großes Machtgefälle. Reichen die bestehenden Gesetze aus, um transnationale Konzerne in Menschenrechtsfragen haftbar zu machen?

Transnationale Konzerne und Menschenrechte – eine Begegnung auf dem Rechtsweg

Ein Interview mit Cannelle Lavite* vom ECCHR

Interview von Uta Grunert

Wie die Geschichte uns leider immer wieder zeigt, haben große Wirtschaftsakteure wie transnationale Konzerne einen erheblichen Einfluss auf politische Institutionen. Die Menschenrechtsverletzungen seitens großer Unternehmen in Brasilien geschehen vor dem Hintergrund staatlicher Unterdrückung von Grundfreiheiten und der Demokratie. Dadurch haben diejenigen, deren Rechte durch Unternehmenstätigkeiten verletzt werden, es schwer, auf nationaler Ebene Rechtsansprüche geltend zu machen.

Menschenrechtsverteidiger*innen haben Zugang zu verschiedenen rechtliche Instrumente, um die Haftung von Konzernen und die Entschädigung für die von den Rechtsverletzungen Betroffenen zu erreichen: So haben die „Richtlinien der Vereinten Nationen zu Unternehmen und Menschenrechten“ oder die „OECD-Leitsätze für Multinationale Unternehmen“ den Weg für die Haftung von Unternehmen geebnet. Die Einhaltung der Menschenrechte wie auch die Vermeidung und Beseitigung von durch Unternehmenstätigkeiten verursachten Rechtsverletzungen sind darin erwähnt. Beides sind jedoch nur freiwillige Instrumente, und so wichtig sie auch sind, sie reichen nicht aus.

Bei verbindlichen Rechtsinstrumenten besteht eine der Herausforderungen für die Unternehmenshaftung bei Menschenrechtsverletzungen darin, dass der „Werkzeugkasten“ in erster Linie aus Gesetzen besteht, die nicht für Unternehmen gedacht sind. Die Grundsätze des internationalen Systems zum Schutz der Menschenrechte wurden von und für Staaten geplant und daher nicht an die Straftaten privater Unternehmen

angepasst. So können Unternehmen als Rechtspersonen beispielsweise nicht in allen Rechtsordnungen strafrechtlich verfolgt werden. In Frankreich etwa, wo der französische Zementfabrikant Lafarge kürzlich wegen seiner Mitschuld an Verbrechen gegen die Menschlichkeit in Syrien angeklagt wurde, war das nur möglich, weil das französische Strafgesetzbuch eine Unternehmenshaftung beinhaltet. Aber eine solche Unternehmenshaftung gibt es nicht in allen Ländern.

Eine weitere Herausforderung auf juristischem Gebiet stellt aktuell in Brasilien ein Problem dar: Die von Unternehmen

verursachten Umweltschäden und die Entschädigung der davon betroffenen Bevölkerungsgruppen. Die meisten Zivilrechtssysteme kennen den Begriff der „Kausalität“ zwischen einer Tat und einem Schaden, der bei Schadensersatzklagen ganz wesentlich ist. Eine Schwierigkeit bei diesem Konzept ist, dass Umweltschäden wie Flussverschmutzung oder die derzeitigen

Brände im Amazonasgebiet auf mehrere Ursachen zurückgeführt werden können. Die Ermittlung der Kausalität zwischen dem Handeln der Unternehmen und einem Schaden wird in solchen Situationen zur Herausforderung. Das liegt zum Teil daran, dass der Begriff der „Kausalität“ die Komplexität von Umweltschäden und die Notwendigkeit ihrer Wiedergutmachung nicht berücksichtigt.

In Europa werden aktuell Gesetze entwickelt, die transnationalen Konzernen bestimmte Überwachungspflichten auferlegen. Frankreich war das erste europäische Land, das 2017 ein entsprechendes Gesetz erließ. Andere europäische Länder, z. B. Deutschland, haben Verfahren zur Verabschiedung ähnlicher Gesetze eingeleitet. Diese Gesetze beruhen auf dem Prinzip der „Sorgfaltspflicht“ und können die Unternehmenshaftung wirksamer angehen, da sie darauf abzielen, die Realität der Tätigkeiten und der Vorgehensweise transnationaler Konzerne zu identifizieren und zu bewerten. Was die Vorgänge in globalen Lieferketten betrifft, gilt das französische Recht nicht nur für einzelne Niederlassungen, sondern auch für deren wichtigste Handelspartner*innen.

Wer ist die zuständige Rechtsinstanz für transnationale Fälle? Welche Handlungskompetenz hat diese strafrechtlich? An wen wendet sich das ECCHR?

Es gibt keine Instanz, die auf transnationale Fälle spezialisiert ist. Es gibt jedoch innerhalb der Justizbehörden Mechanismen, die die grenzüberschreitende Zusammenarbeit unterstützen, zum Beispiel die Rechtshilfe bei Ermittlungen in zwei oder

mehr Ländern. Menschenrechtsverletzungen, die Straftaten des Völkerrechts darstellen, also etwa Kriegsverbrechen oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit, können die Zuständigkeit von Justizbehörden auslösen, die auf die Ermittlung und Verfolgung solcher Straftaten spezialisiert sind, und greifen häufig auf Rechtshilfe zurück.

Das wirkt sich in gewisser Weise auf das aus, was wir gerade besprochen haben: Transnationale Konzerne unterliegen dem Völkerrecht nicht auf die gleiche Weise wie Staaten. Beispielsweise ist der Internationale Strafgerichtshof (IStGH) nicht für Straftaten von Unternehmen zuständig. Theoretisch sind Ermittlungen gegen Verantwortliche von Unternehmen nicht ausgeschlossen, denn der IStGH beinhaltet die Gerichtsbarkeit von Einzelpersonen, aber das Unternehmen als Rechtsperson wird nicht berücksichtigt.

Das transnationale Szenario von Menschenrechtsverletzungen variiert also, genauso wie der transnationale konkrete Fall. Je nach dem politischen Kontext des Bestimmungslandes (host state), des Herkunftslandes des Unternehmens und den Bedürfnissen der von Menschenrechtsverletzungen betroffenen Bevölkerung wird eine transnationale Rechtsmaßnahme spezifische Ziele verfolgen. Menschenrechtsverteidiger*innen erarbeiten die am besten geeignete Strategie und Rechtsgrundlage, um das Prozessziel zu erreichen, und stellen dabei immer die Erwartungen der von der Unternehmenstätigkeit betroffenen Personen in den Mittelpunkt. Darum ist das Wichtigste auch der lokale Dialog mit den betroffenen Gemeinden und den Menschenrechtsverteidiger*innen, wo immer das möglich ist. Diese Zusammenarbeit muss vorsichtig und aufrichtig geschehen, um nicht das Machtgefälle zu reproduzieren, das oft zwischen Organisationen des globalen Nordens und dem Süden der Welt besteht, und um den emanzipatorischen Kampf der Antragsteller*innen und ihrer Gemeinden bei der Geltendmachung ihrer Rechte zu unterstützen.

Das Ergebnis dieser Zusammenarbeit kann auch zu der Entscheidung führen, eine Forderung nur im Bestimmungsland zu verfolgen, in dem der Schaden auftritt, ohne einen transnationalen Prozess anzustreben. In diesem Fall kann die Zusammenarbeit eine bestimmte Rechtsstrategie hervorbringen oder die Vorlage von Beweismitteln für die Gerichte des Bestimmungslandes, was die Antragsteller*innen in spezifischen Rechtsfragen unterstützt.

In Brasilien hat das ECCHR eine Klage gegen Volkswagen verfolgt, weil der Autokonzern mit der Militärdiktatur kooperiert hat¹. Was habt ihr in diesem Fall erreicht?

Wir haben die brasilianischen Arbeitnehmer*innen während des Verfahrens beraten und unterstützt – die Details sind vertraulich. Solange das brasilianische Verfahren noch nicht abgeschlossen ist, können wir den Fall nicht endgültig einordnen. Wir haben jedoch Grund zu der Hoffnung, dass die Parteien bald eine Einigung erzielen und die Forderungen der Arbeitnehmer*innen angemessen berücksichtigt werden. In diesem Fall wäre es ein greifbareres Justizverfahren, nämlich eins, an dem die Arbeitnehmer*innen beteiligt sind.

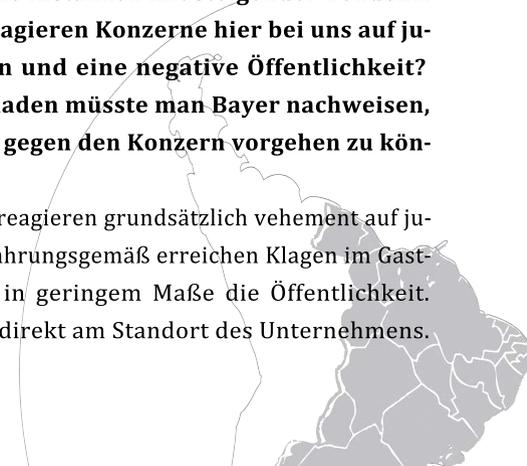
Brasilien hat die ILO 169 ratifiziert, aber eine aktuelle Erweiterung nicht unterzeichnet. Dies stellt für indigene Völker und traditionelle Gruppen eine Gefahr dar. Was bedeutet die Haltung der brasilianischen Regierung für eure Arbeit?

Sie hat Auswirkungen auf verschiedene Bereiche unserer Arbeit. Erstens die konkrete Situation der lokalen Bevölkerungsgruppen und ihrer Sicherheit im Kampf um die Durchsetzung ihrer Rechte, sei es in ihrem Land oder durch Teilnahme an transnationalen Prozessen. Das Sicherheitsrisiko für Verteidiger*innen von Umweltrechten und insbesondere von Rechten der indigenen Völker in Brasilien ist äußerst hoch und besorgniserregend, auch das ist ein Faktor, den unsere Arbeit berücksichtigen muss. Ein transnationaler Fall, der sich gegen eine Muttergesellschaft in Europa richtet, wird immer in Zusammenarbeit mit Menschenrechtsverteidiger*innen und der lokal betroffenen Bevölkerung bearbeitet. Dementsprechend müssen bei einem Prozess die Risiken für deren Sicherheit umfassend evaluiert und in der Projektstrategie berücksichtigt werden.

Rechtlich gesehen schränkt die Frage, ob Brasilien die ILO-Konvention 169 und deren Erweiterungen unterschrieben hat oder nicht, die Verpflichtungen für Unternehmen des Herkunftslandes nicht ein, wenn dieses die Konvention ratifiziert hat.

Ein Konzern wie Bayer verdient am Export von Agrargiften nach Brasilien. Die Zulassung von Agrargiften regeln brasilianische Instanzen mit steigender Tendenz. Wie empfindlich reagieren Konzerne hier bei uns auf juristische Verfahren und eine negative Öffentlichkeit? Welche Art von Schaden müsste man Bayer nachweisen, um mit einer Klage gegen den Konzern vorgehen zu können?

Konzerne wie Bayer reagieren grundsätzlich vehement auf juristische Klagen. Erfahrungsgemäß erreichen Klagen im Gaststaat Brasilien nur in geringem Maße die Öffentlichkeit. Wirksamer sind sie direkt am Standort des Unternehmens.



Dennoch haben vergangene Verfahren aus Brasilien, beispielsweise gegen Syngenta, auch hierzulande zumindest die Fachöffentlichkeit erreicht. Im Fall von Bayer/Monsanto zeigt die Reaktion des Unternehmens auf die in den USA anhängigen Gerichtsverfahren auf Schadensersatz wegen Gesundheitsschäden, die durch Glyphosat verursacht wurden, die Strategie der Konzerne: Sie bekämpften die Klagen bis in die letzte Instanz oder versuchten eine Einigung mit den Kläger*innen zu erzielen, um eine negative Präzedenzwirkung und weitere Klagen zu vermeiden. Keines der in den USA bezüglich Glyphosat erlassenen Urteile ist rechtskräftig. Gleichzeitig versucht Bayer/Monsanto in der Öffentlichkeit den Reputationsverlust wiedergutzumachen.

Welche Voraussetzungen für eine Klage beispielsweise in Deutschland vorliegen müssen, lässt sich in dieser Allgemeinheit nicht sagen, aufgrund der Verschiedenheit möglicher rechtlicher Verfahren. Sollte es um Schadensersatz gehen, ist jedenfalls, grob gesagt, klar, dass Kläger*innen nachweisen müssen, dass sie mit einem Pestizid des Herstellers in Berührung gekommen sind und dadurch verursachte Gesundheitsschäden erlitten haben. Überdies ist in den meisten Fällen auch ein Verschulden auf Seiten des Unternehmens notwendig, was voraussetzt, dass Bayer zumindest fahrlässig diese möglichen Schäden gekannt haben muss, aber dennoch nicht eingegriffen hat, um sie zu verhindern. In Ausnahmefällen können Produkthaftungsansprüche geltend gemacht werden, bei denen nicht immer der Nachweis des Verschuldens notwendig ist. ■

* Cannelle Lavite studierte Rechtswissenschaften in Frankreich und Kanada. Danach arbeitete sie mit Menschenrechtsorganisationen in Brasilien, die sich für sozio-ökonomische Rechte einsetzen. Sie ist als Bertha Justice Fellow im Bereich Wirtschaft und Menschenrechte des ECCHR tätig.

> Das Interview führte Uta Grunert aus der Geschäftsstelle der Kooperation Brasilien.

> Monika Ottermann übersetzte das Original aus dem Brasilianischen Portugiesisch.

In Brasilien stellt die Unternehmerische Gesellschaftsverantwortung¹ (Corporate Social Responsibility – CSR) schon immer eine geschichtliche Herausforderung für alle dar, die sich für Menschenrechte, Bekämpfung der Ungleichheit und Demokratie einsetzen. Die Entstehung der brasilianischen Gesellschaft ist stark von Autoritarismus und sozialer Ungleichheit geprägt. Spuren davon existieren bis heute und waren schon immer ein Hindernis für ein wirksames Engagement von Unternehmen in ihrer Gesellschaftsverantwortung gegenüber Arbeitnehmer*innen und den von Unternehmenstätigkeiten betroffenen Gemeinschaften und Gruppen.

Unternehmerische Gesellschaftsverantwortung im brasilianischen Kontext

von Hélio da Costa*

Trotz dieses strukturellen Aspekts begann in Brasilien Mitte der 1970er Jahre ein langer Prozess großer Mobilisierungen der Zivilgesellschaft auf dem Land und in der Stadt zur Verteidigung der Demokratie gegen die Militärdiktatur (1964-1985). Das Ergebnis dieses Aufbruchs war die Einberufung und Wahl einer verfassungsgebenden Nationalversammlung. Diese erarbeitete die Verfassung von 1988, die eine wichtige Bestätigung der brasilianischen Demokratie auf den Grundlagen des demokratischen Rechtsstaats darstellt. 1989 fanden nach 29 Jahren die ersten Präsidentschaftswahlen statt.

Dieser Kontext politischer Redemokratisierung und gesellschaftlichen Aufbruchs schuf Voraussetzungen für die Diskussion der gesellschaftlichen Rolle von Unternehmen angesichts sozialer Ungleichheit und Ausgrenzung. Eine der ersten entscheidenden Initiativen war das 1981 gegründete Brasilianische Institut für Sozial- und Wirtschaftsanalyse (Instituto Brasileiro de Análises Sociais e Econômicas, IBASE) unter Leitung des Soziologen und Menschenrechtsaktivisten Herbert de Souza („Betinho“). 1997 veröffentlichte das IBASE die „Sozialbilanz der Unternehmen“ (Balanço Social das Empresas), um die gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen öffentlich zu machen und diese für soziale und ökologische Fragen zu sensibilisieren. Das Modell des sozialen Gleichgewichts ist dem Engagement für Demokratie und der Bekämpfung sozialer Ungleichheit verpflichtet. Das vom IBASE erarbeitete Dokument schuf eine Methodik, die half, mittels quantitativer Indikatoren Unternehmen innerhalb des gleichen Sektors vergleichend zu untersuchen.

1 Anm. der Ü.: Dokumentarfilm zu diesem Thema: „Komplizen? – VW und die brasilianische Militärdiktatur“, online unter <www.youtube.com/watch?v=DLzSjuUipU>.

Der Verband Pensamento Nacional das Bases Empresariais (PNBE) wurde 1987 von jungen Unternehmer*innen gegründet und vereinigte Vertreter*innen aus verschiedenen brasilianischen Bundesstaaten, mit starker Dominanz von São Paulo. Diese Gruppe von Unternehmer*innen versuchte, sich vom konservativen Denken der Mehrheit der brasilianischen Unternehmerschaft zu lösen, die sich trotz der durch die Redemokratisierung des Landes angestoßenen Veränderungen ihrer Verantwortung entzog. Der PNBE war von grundlegender Bedeutung für eine neue Sicht der Rolle von Unternehmen innerhalb der Gesellschaft und ihres Engagements für die Demokratie.

Einige Initiativen im Bereich der CSR entstanden aus dieser Gruppe von Unternehmer*innen, zum Beispiel 1990 die Stiftung Abrinq (Fundação Abrinq) und 1998 das Institut Ethos der Unternehmerischen Gesellschaftsverantwortung (Instituto Ethos de Responsabilidade Social Empresarial). Die Stiftung Abrinq konzentriert sich auf Kinder und Jugendliche. Sie wurde im Rahmen der Mobilisierung des Brasilianischen Verbands der Spielzeughersteller (Associação Brasileira dos Fabricantes de Brinquedos, Abrinq) gegründet.

Das Institut Ethos hat sich zum Ziel gesetzt, Unternehmer*innen Grundsätze der Unternehmensverantwortung durch Veröffentlichung von Leitfäden, Konferenzen und Seminare, Kurse, Beratungen, Forschung und internationaler Austausch nahe zu bringen. Seit 1999 entwickelt das Institut Ethos die CSR-Indikatoren, die als betriebswirtschaftliches Instrument dienen. CSR-Praktiken werden in die Strategieplanung und das Monitoring eines Unternehmens einbezogen. In den letzten Jahren war das Institut Ethos führend als Instanz für eine Unternehmensverantwortung, die auf nachhaltige Entwicklung abzielt und ökologische, soziale und wirtschaftliche Aspekte einbezieht.

Gewerkschaften und Gesellschaftsverantwortung

Die Gewerkschaftsbewegung war immer schon kritischeinstellig gegenüber den Selbstverpflichtungen der Unternehmen eingestellt. Durch ein Unternehmensverhalten



Generalstreik am 14.06.2019 in Belo Horizonte (MG).
Foto: Luiz Rocha / Mídia NINJA, flickr (CC BY-NC-SA 2.0)

mobilisiert, das sich durch die Distanz zwischen der Praxis und dem Diskurs über die Gesellschaftsverantwortung auszeichnete, begann die brasilianische Gewerkschaftsbewegung, sich in diese Frage einzumischen, und kombinierte dabei drei Aktionsarten: Beschwerden, Überwachung und Verhandlungen.

Für die CUT (Central Única dos Trabalhadores, Dachverband der Arbeitnehmer*innen), dem größten und wichtigsten brasilianischen Gewerkschaftsdachverband, ist CSR ein zentrales Thema. Um der von Medien und Unternehmen verbreiteten hegemonialen Sicht der Gesellschaftsverantwortung entgegenzuwirken, gründete die CUT 1997 ein Institut zur Unternehmensüberwachung IOS (Instituto Observatório Social). In- und ausländische Unternehmen werden dort in Bezug auf die Grundrechte von Arbeitnehmer*innen, die Umwelt und Unternehmensverantwortung analysiert.

Das IOS war die erste der Gewerkschaftsbewegung verbundene Institution, die Schulungs- und Verbreitungsmaterial zur Gesellschaftsverantwortung von Unternehmen für Gewerkschaftsmitglieder herausgab. Eine ihrer Hauptinitiativen war die Verbreitung internationaler Verhaltenskodizes, die von internationalen Organisationen wie der OWZE² und der IAO entwickelt worden waren. Eine weitere wichtige IOS-Initiative waren die investigativen Reportagen, die Menschenrechtsverletzungen und Umweltschäden durch bestimmte Unternehmen anprangerten³.

In Zusammenarbeit mit dem Institut Ethos, der IAO und der NGO Repórter Brasil beteiligte sich das IOS 2005 an der

Schaffung des „Nationalpakts zur Beseitigung der Sklavenarbeit“, um die Verpflichtung der Unternehmen zur Bekämpfung dieses Problems in ihren Produktionsketten öffentlich zu machen. Unternehmen, die den Pakt unterzeichnen, verpflichten sich zu Boykottmaßnahmen und der Auflösung aller Geschäftsverträge mit Lieferanten, die Sklavenarbeit einsetzen.

Auf dem 9. Nationalkongress der CUT im Jahr 2006 wurde CSR erstmals als gewerkschaftliche Ausrichtung behandelt, die von den Mitgliedsorganisationen der CUT mitgetragen werden sollte. Im Zeitraum 2005 bis 2010 wurde unter Beteiligung mehrerer brasilianischer Gewerkschaftsdachverbände, einschließlich der CUT, ein Leitfaden zur Gesellschaftlichen Verantwortung (ISO 26000) ausgearbeitet. Die zwischen- gewerkschaftliche Abteilung für Statistik und sozioökonomische Studien DIEESE⁴ und das IOS wurden von den der CSI⁵ angeschlossenen brasilianischen Dachverbänden als technische Vertreter*innen des Arbeitnehmerssektors gewählt. Letzter leistete als Teil der brasilianischen Delegation bei allen acht internationalen Konferenzen, die zur Ausarbeitung des Leitfadens führten, einen wichtigen Beitrag.

Das Wegschmelzen der nachhaltigen Zukunft

Der parlamentarische Putsch von 2016 zeigt ein Demokratiedefizit, das einem immer besorgniserregenderen und gefährlicheren Kurs für die Zukunft der brasilianischen Demokratie und dem Anliegen der Gesellschaftsverantwortung im öffentlichen und privaten Bereich schadet.

Rückschritte sind in allen Bereichen spürbar. Präsident Jair Bolsonaro und seine Minister stimulieren in ihren Reden Vorurteile gegenüber Frauen, Homosexuellen, Schwarzen, Indios und allen, die als außerhalb des vom Regierungsdiskurs festgelegten moralischen Standards betrachtet werden.

Mit verschiedenen Reformen im Bereich Arbeit und Sozialversicherung wird das System der sozialen Absicherung demonstriert. Privatisierungsprozesse und die unterwürfige Ausrichtung auf die Handelsinteressen und die Außenpolitik der Vereinigten Staaten von Amerika schwächen die nationale Souveränität und schaden den wirtschaftlichen Interessen Brasiliens. Die staatlichen Universitäten leiden unter Budgetkürzungen, die die Qualität der Lehre und die Kontinuität der Forschung beeinträchtigen.

Im Umweltbereich sind die Maßnahmen ebenso verheerend und völlig den Interessen der Agrarindustrie untergeordnet. Während diese Zeilen geschrieben werden, schaut die Welt ungläubig auf die gigantischen Brände im Amazonas-Regenwald, die durch Interessen der Agrarindustrie und der Bergbaufirmen verursacht werden und der internationalen Gemeinschaft gegenüber eine Schande für das Land sind.

Diese perverse Kombination von räuberischem Neoliberalismus und Autoritarismus, die Gewerkschaften und die soziale Bewegungen kriminalisiert, gefährdet den Weg einer nachhaltigen Entwicklung. ■

* Hélio da Costa promovierte in Arbeitssoziologie und war Koordinator des Programms für Gesellschaftsverantwortung am Institut Sozialobservatorium (Instituto Observatório Social, IOS). Derzeit koordiniert er die Ausbildungsabteilung der Metallarbeitergewerkschaft des ABC (Sindicato dos Metalúrgicos do ABC).

> Übersetzung aus dem Portugiesischen von Monika Ottermann.

1 Ich beziehe mich hier auf den Leitfaden zur Gesellschaftlichen Verantwortung – ISO 26000, der CSR folgendermaßen definiert: „Die Verantwortung einer Organisation für die Auswirkungen ihrer Entscheidungen und Aktivitäten (einschließlich Produkte, Dienstleistungen und Verfahren) auf Gesellschaft und Umwelt durch ein transparentes und ethisches Verhalten, das: zur nachhaltigen Entwicklung beiträgt, einschließlich Gesundheit und gesellschaftlichem Wohlergehen; die Erwartungen der betroffenen Parteien berücksichtigt; das geltende Recht einhält und internationalen Verhaltensnormen entspricht; in der gesamten Organisation integriert ist und innerhalb ihres gesamten Einflussbereichs in ihren Beziehungen praktiziert wird.“ Vgl. ABNT NBR ISO 26000:2010. Rio de Janeiro: Associação Brasileira de Normas Técnicas, 1. Dezember 2010, 110 S., S. 4.

Anm. der Ü.: Die ISO ist die Internationale Organisation für Normung (International Organization for Standardization). Der Autor zitiert die brasilianische Version des Leitfadens, der von der ABNT (Brasilianische Vereinigung für technische Normen) herausgegeben wurde. Seine deutsche Ausgabe erschien 2011 als DIN ISO 26000.

2 Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit.

3 Ein Beispiel: Responsabilidade Social Empresarial – perspectivas para a atuação sindical. Florianópolis: IOS, 2004.

4 Anm. der Ü.: Departamento Intersindical de Estatística e Estudos Socioeconômicos.

5 Anm. der Ü.: Confederação Sindical Internacional, Internationaler Gewerkschaftsbund.



Im August 2019 besetzten Indigene Frauen das Gesundheitsministerium in Brasilia

Foto : Uta Grunert)

Leticia Tura, Direktorin der FASE¹, sprach während der 3. Regionalkonferenz über Umwelt, Energie und Arbeit in Costa Rica in einem Interview für die Webseite des Gewerkschaftsverbandes der Arbeiter der Amerikas (CSA) über Klima und Energie und die Stellungnahmen der Grupo Carta de Belém (GCB).

Umweltgerechtigkeit als Kontrapunkt zu Schäden durch Megaprojekte

Interview mit Leticia Tura von FASE

von Confederação Sindical dos Trabalhadores das Américas CSA*

„Die GCB kritisiert Lösungen der Klimakrise durch Marktmechanismen, durch Zahlungen für Umweltdienstleistungen und den Einsatz von Agrotreibstoffen. Wir sind in diesen Bereichen tätig und bemühen uns, die Positionen der brasilianischen Regierung auf der UN-Klimakonferenz (COP) zu beeinflussen und zu überwachen. Wir analysieren und verdeutlichen die Schäden, die diese Instrumente für die territorialen Rechte im Amazonasgebiet und in Brasilien mit sich bringen. Außerdem verteidigen wir den *gerechten Übergang* (just transition Anmerkung d.R.), erklärt Leticia.

Der gerechte Übergang ist ein Konzept, das bei dieser Konferenz allgegenwärtig ist. Wie würdest Du es definieren?

Wir stehen der „grünen Wirtschaft“ kritisch gegenüber. In die-

sem Sinne muss darauf geachtet werden, dass der *gerechte Übergang* nicht in dieselbe Falle gerät wie die grüne Wirtschaft und lediglich geringere CO₂-Emissionen fordert. Das bedeutet, dass es nicht nur darum geht, eine aus Sicht der Umwelt „saubere Wirtschaft“ zu fordern, sondern auch um soziale, territoriale, demokratische und ökologische Gerechtigkeit und um die Verteidigung von Gemeingütern. Es muss gesagt werden, dass es keinen *gerechten Übergang* gibt ohne den Protagonismus der kollektiven Subjekte der Basis, der Bauern und Bäuerinnen, Indigenen und Gewerkschaftsbewegungen.

Wie artikuliert sich die GCB mit der CSA und der Gewerkschaftsbewegung?

Die CUT² zum Beispiel ist Mitglied der Gruppe Carta de Belém seit deren Gründung. Sie ist die Organisation, die die Debatte über den *gerechten Übergang* am stärksten in die Gruppe eingebracht hat. Gleichzeitig versuchen wir, einen Dialog zwischen den Perspektiven der Gewerkschafts-, Bauern- und Indigenenbewegungen aufzubauen, was eine Herausforderung war und ist. Die Debatten über Entwicklung und Energie ermöglichen einen Austausch verschiedener Perspektiven, um einen gemeinsamen Dialog aufzubauen, auch wenn es Konflikte gibt.

Was versteht man unter Umweltgerechtigkeit und wie geht die Gruppe Carta de Belém damit um?

Umweltgerechtigkeit bildet den Gegenpol zur Umweltunge-

Mahnwache am 1.02.2019 in Rio de Janeiro aus Solidarität mit den Opfern des Vale-Verbrechens von Brumadinho/MG.
Foto: Marianna Cartaxo / Mídia NINJA, flickr (CC BY-NC-SA 2.0)



rechtigkeit. Letztere wird beispielsweise erzeugt durch Schäden, die große Infrastrukturprojekte verursachen. Umweltkatastrophen haben unterschiedliche Auswirkungen, die sozioökonomischen Ungleichheiten entsprechen und von denen insbesondere Schwarze, arme Bevölkerungsgruppen, Frauen und indigene Völker betroffen sind. Bei Entwicklungsprojekten kritisieren wir das Entwicklungskonzept. Bei der Energie dürfen wir nicht nur fordern, dass sie „sauber“ ist (also niedrige CO₂-Emissionen hat), sondern müssen auch die Größe eines Projektes bedenken, die Schäden bemessen, die ein konkretes Unternehmen den Bevölkerungsgruppen zufügen kann. Die Umweltgerechtigkeit erweitert daher die Perspektive.

Wie ist die Lage der Stromproduktion in Brasilien?

Momentan herrscht in Brasilien eine ernsthafte Energiekrise: Es regnet zu wenig, die Flüsse haben einen sehr niedrigen Wasserstand und Energie ist sehr teuer. Und statt auf kleine Unternehmen wird weiterhin auf Großprojekte gesetzt. Es gibt einen emblematischen Fall: das Wasserkraftwerk Belo Monte, das als erneuerbare Energiequelle eingestuft wird. In dem Gebiet, wo es gebaut wurde, hat es jedoch große Schäden ange richtet. Der Bau des Kraftwerkes ging einher mit der Umsiedlung der indigenen und bäuerlichen Bevölkerung von ihren Territorien und Arbeits gebieten in die Stadt Altamira. Diese Umsiedlung führte unter anderem zum Anstieg der Gewalt und zu einer Zunahme von provisorischen und prekären Arbeitsverhältnissen.

Deshalb begrüßen wir die Initiative der CSA, sich zusammen mit der Gewerkschaftsbewegung sowie Umwelt- und Frauenorganisationen einem so sensiblen Thema wie Energie zu widmen und dabei Dimensionen wie Arbeit und Umwelt zu verbinden. Wir freuen uns über die Einladung, dieses Problem direkt anzugehen. ■

* Original veröffentlicht am 8.19.2018 auf der CSA-Webseite: <http://csa-csi.org/NormalMultitem.asp?pageid=12387>

> Übersetzt aus dem Brasilianischen Portugiesisch von Monika Ottermann .

- 1 Federação de Órgãos para Assistência Social e Educacional, Verband der Organisationen für Sozial- und Bildungsunterstützung.
- 2 Central Única dos Trabalhadores, „Einheitszentrale der Arbeiter“, größter Dachverband der brasilianischen Gewerkschaften.

"Es war kein Unfall - es war ein Verbrechen" protestieren empörte Bürger nach dem Bruch der beiden Rückhaltebecken für Nebenprodukte aus der Eisenerzproduktion, Fundão von SAMARCO S.A. in Mariana¹ (MG), 2015, und von Córrego do Feijão der Vale SA. in Brumadinho (MG), 2019. Diese beiden Ereignisse zählen weltweit zu den größten Umweltkatastrophen im Bergbau. Im Falle des Kollapses des Fundão-Staudamms rollte eine Lawine von 60 Millionen Kubikmetern toxischen Schlamms über einen 663 Kilometer langen Abschnitt der Flüsse Gualaxo do Norte, Carmo und Doce. Das Desaster forderte 19 Todesopfer, beeinträchtigte die Wasserversorgung von 35 Gemeinden und rund 1.200 Familien verloren ihr Zuhause. Die beiden Dörfer Bento Rodrigues und Paracatu wurden vollständig zerstört. Die Ursache ist nicht auf ein Naturereignis, sondern auf kriminelle Fahrlässigkeit nicht nur der beteiligten Unternehmen, sondern auch der für die Genehmigung und Überwachung von Dämmen zuständigen Behörden zurückzuführen. Es handelt sich also um ein durch Menschenhand ausgelöstes Desaster, welches in der Planungsphase begonnen hatte und auch danach während des Katastrophenmanagements seine Fortsetzung findet. Bisher wurde niemand verhaftet und die Probleme der Opfer sind noch lange nicht gelöst.

Dammbrüche und Sirenengeheul Landgrabbing durch Terror nach den Desastern von Mariana und Brumadinho

von Klemens Laschefski*

Der Bruch des Staudamms Córrego Feijão hat 270 Menschenleben gefordert (davon gelten immer noch 22 als vermisst). Der toxische Schlamm ergoss sich auf mehr als 300 km über den Paraopeba-Fluss und seine Ufer². Beiden Verbrechen ging eine Reihe ähnlicher Vorfälle geringeren Ausmaßes voraus, die sich in einem Umkreis von weniger als 90 km in der Eisenerzregion um Belo Horizonte ereigneten. Dazu zählen die Dammbrüche in Itabirito 1986 (sechs Totesopfer) und 2014 (drei Opfer), Nova Lima (2001, fünf Opfer), Miraf (2007, 4000 Obdachlose) und Congonhas (2008, 40 obdachlose Familien). Die derzeit viel diskutierte "Nachlässigkeit" weist also auf den systemischen Charakter der Ineffizienz rund um die Umweltlizenzen hin. Dieser Mangel zieht sich auch nach den Desastern durch die endlosen Verhandlungen um Entschädigungsleistungen, die das soziale Leid der Opfer weiter erhöhen. Auf der anderen Seite erfolgt die wirtschaftliche Erholung der für die Verbrechen verantwortlichen Unternehmen überr-

schend schnell. In der Zeit zwischen den beiden Desastern von 2015 bis 2018 verdreifachte Vale S.A. ihre Gewinne. Alles deutet darauf hin, dass auch der Imageschaden des Unternehmens nach dem Verbrechen von Brumadinho nicht zu Verlusten führt³. Wir suchen nun Antworten auf zwei Fragen: Warum setzen sich etablierte Governance-Systeme nicht gegen diese multinationalen Unternehmen durch, um derartige Katastrophen zu vermeiden? Und: Nutzen die Unternehmen Katastrophen, um noch mehr Gewinn zu erzielen und sich neue Gebiete anzueignen?

Der Einfluss von Bergbauunternehmen auf das Umweltsystem in Minas Gerais

Nach der Katastrophe in Mariana wurde eigentlich eine Umkehrung des schon lange anhaltenden Trends zur Aufweichung der Umweltgesetzgebung in Brasilien erwartet. Überraschenderweise hat sich jedoch dieser Prozess sogar noch beschleunigt. Den Bergbauunternehmen gelang es, Einflusskanäle in der Umweltpolitik zu etablieren, die selbst nach der Ablösung des Gouverneurs von Minas Gerais Fernando Pimentel, der der linken Regierung der Arbeitspartei (PT) angehörte, durch Romeu Zema von der rechten Partei Novo im Jahr 2018 in personeller und struktureller Hinsicht unverändert blieben. Besser kann der von der argentinischen Wissenschaftlerin Maristela Swampa beschriebene "Rohstoffkonsens", der sich in der Tendenz zur Reprimatisierung der Wirtschaft in ganz Lateinamerika widerspiegelt, kaum aufgezeigt werden.

Die Ursache für dieses Phänomen liegt in ganz praktischen Gründen: Im Jahr 2014 ließen 78,4% der Abgeordneten von Bund und Ländern in Minas Gerais, unabhängig von ihrer po-

litischen Ausrichtung, ihren Wahlkampf von Bergbauunternehmen finanzieren⁴. Auf diese Weise konnten sich die Bergbauunternehmen die notwendigen Mehrheiten in der Politik für die Änderung der Umweltvorschriften zu ihren Gunsten sichern. Ein Beispiel dafür sind die am 21. Januar 2016 - nur zwei Monate nach dem Dambruch in Mariana - bewilligten Änderungen im Umweltschutzsystem von Minas Gerais. Der wichtigste Punkt ist die Schaffung einer eigenen Behörde für vorrangige Projekte, die sich Superintendência de Projetos Prioritários (SUPPRI) nennt. Vorrangige Projekte sind in der Regel jene von Firmen, die die Kampagnen der gewählten Regierung bezahlten. Die direkt dem Gouverneur untergeordnete SUPPRI hat die Aufgabe das Verfahren zur Umweltverträglichkeitsprüfung zu beschleunigen, in dem sie "vorrangigen" Vorhaben dem partizipativem Umweltrat COPAM entzieht, analysiert und mit einer "Empfehlung zur Abstimmung" zurückgibt (Gesetz Nr. 21.972, Art. 24).

Zu diesem Zweck hat die SUPPRI mit der Regelung COPAM 217/17 ein Instrument geschaffen, das eine Neueinstufung des Schadenspotenzials der betreffenden Projekte nach generalisierenden oberflächlichen Kriterien ermöglicht⁵. Das Instrument diente am 11. Dezember 2018 dazu, das zuvor dreistufige Planfeststellungsverfahren für die Minen Jangada und Córrego do Feijão, das Umweltverträglichkeitsprüfung, Bau- und Betriebsgenehmigung umfasste, in einer einzigen Lizenz zusammenzufassen. Damit wurde nicht nur die Ausarbeitung weiterer Studien, sondern jede weitere Partizipation der Zivilgesellschaft in den weiteren Planungsphasen unterbunden. Die Entscheidung löste Kontroversen aus, da die SUPPRI dieses Vorgehen mit den vermeintlich positiven Umwelteffekten des Abbaus des in dem Projekt eingegliederten

Dammes in Brumadinho begründete, der einhalb Monate später das Desaster auslöste. Das eigentliche Vorhaben, die Erzproduktion in den beiden genannten Minen um 88% zu erhöhen, hat die SUPPRI völlig außer Acht gelassen. Die Lizenz wurde mit nur einer Gegenstimme der Vertreterin der Zivilgesellschaft und einer Enthaltung des Vertreters der Brasilianischen Umweltbehörde IBAMA erteilt. Er begründete dies mit einem bemerkenswerten Argument:

Viele hier haben das Problem des Dammes Fundão in Mariana erwähnt, und hier haben wir ein ähnliches Problem. Es ist Fakt, dass diese Art von Dämmen kein Nullrisiko haben. Bei der kleinsten Nachlässigkeit derjenigen, die das Risikomangement betreiben, brechen sie zusammen. Wenn die-

Mahnwache in Solidarität mit den Betroffenen des Vale-Verbrechens in Brumadinho/MG Foto: Marianna Cartaxo / Mídia NINJA (CC BY-NC-SA 2.0)



ser Damm [in Brumadinho], der vor ein paar Jahren aufgegeben wurde, nicht abgebaut wird, bricht er, und das bedeutet die Freisetzung von 10 Millionen m³, einem Viertel des Fundão Dammes. Dies bedeutet das Ende der Gemeinde Casa Branca und mindestens einer der Entnahmestellen des Wasserversorgungssystems Paraopeba. (Umweltrat Julio Cesar Dutra Grillo während der Begründung seines Votum bei der 37. Sitzung der CMI / COPAM am 11.12.2018).

Die Frage des unmittelbaren Risikos des Dammes Corrêgo do Feijão BI war also allgemein bekannt. In der gleichen Sitzung wurden drei andere ähnliche Projekte genehmigt. Die Frage der plötzlichen Eile, eine große Anzahl von Minenausbauprojekten zu genehmigen, bei denen der Abbau dieser Art von Dämmen nur als ein Nebenaspekt hinsichtlich freiwerdender Deponiekapazitäten Erwähnung findet, wurde jedoch offengelassen. Die Antwort darauf liegt im Kauf der Firma New Steel S.A. durch die Vale S.A. für 500 Millionen US-Dollar am gleichen Tag, an dem das Projekt in Brumadinho freigegeben wurde. New Steel besaß zu dem Zeitpunkt in 56 Ländern Patente für eine industrielle Verwertungstechnologie der Erzurückstände in Tailingsdämmen (Fines Dry Magnetic Separation (FDMS)):

Im September 2017 erhielt New Steel die Installationslizenz (LI) für eine Trockenaufbereitungsanlage in Ouro Preto (MG) innerhalb der Vale Mine Plant - wo bereits seit 2015 eine Pilotanlage betrieben wurde. [...] Jetzt ist alles in einem Hause. Vale hat gerade auch die Lizenz für die Erweiterung der Minenkapazität Jangada und Corrêgo do Feijão in Brumadinho und Sarzedo von 10,6 auf 17 Mio t pro Jahr erhalten. Das Projekt umfasst die Wiederaufbereitung von Mineralstaub aus den Staudämmen I und VI von Corrêgo do Feijão und die Implementierung einer Pipeline zum Transport des Materials zu den Verarbeitungsbetrieben (ITMNEWS, 2019).

Nach dem Desaster leugnete Vale S.A. jede Verbindung zwischen der Transaktion und dem gebrochenen Damm.⁶ Dennoch gibt es Hinweise auf eine geplante Strategie zur Erschließung neuer Märkte rund um die Dammstilllegungen, in der die neue Technologie zum Einsatz kommen soll. Am 29. Januar, nur fünf Tage nach dem Kollaps des Damms in Brumadinho, kündigte das Unternehmen die Schließung von 10 weiteren Dämmen desselben Typs an. Der Plan dafür wäre fertig und wurde bereits mit Bund und Ländern unter Beteiligung der zuständigen Umweltbehörden abgestimmt. Am folgenden Tag veröffentlichte der Umweltminister die Gemeinsame Resolution SEMAD/FEAM Nr. 2.765 vom 30. Ja-

nuar 2019, in der festgelegt wurde, dass die Dämme der Upstream-Methode innerhalb von maximal zwei Jahren beseitigt werden sollten. Ab diesem Zeitpunkt benötigt also jede Bergbaufirma, die bei der Stilllegung der Dämme das verbleibende Erz nutzen will, die Technologie von New Steel, da Vale die Patente hält. Daher ist es nicht verwunderlich, dass sich die Aktien von Vale genau an diesem Tag um 8,5% erholt haben.⁷ Die Hypothese, dass der von Vale vorgelegte "Notfallplan" bereits vor der Katastrophe in Brumadinho existierte, wird durch die folgenden Nachrichten gestützt:

Seit 2015 hat Vale in Minas Gerais wichtige Staudammbauprojekte wie den Staudamm Brucutu Norte (2015) und den Staudamm Forquilha V (2016) entwickelt, und es wurden neue Projekte wie der Staudamm Maravilhas III (2016) gestartet. Es ist wichtig zu betonen, dass die Konstruktion der neuen Dämme einer konventionellen Methode entspricht und deren Erstellung [...] gemäß der nach dem Bruch des Samarco-Staudamms in Mariana in 2015 getroffenen Entscheidung, alle Upstream-Dämme stillzulegen und abzubauen, im Sinne der Pressemitteilung vom 29. Januar 2019 beschleunigt wird [...].

Vale plant, den Anteil der Trockenaufbereitung an der Produktion bis 2023 auf 70% zu erhöhen und damit den Einsatz von Tailingsdämmen im Betrieb zu reduzieren. Diese Initiative geht einher mit der am 11. Dezember 2018 angekündigten Übernahme von New Steel. (IM, 2019, eigene Übersetzung).

Nach der Freigabe der Genehmigungen für den Ausbau der Projekte Jangada und Corrêgo do Feijão beobachteten die Bewohner in Brumadinho eine Zunahme der Fahrzeugbewegungen sowohl in den Minen als auch an den Dämmen. Nach unbestätigten Berichten sind die Maßnahmen zur Entwässerung des Absetzteichs gescheitert. Tatsache ist, dass kurz vor dem Dambruch "... inkonsistente Messungen an mehreren Piezometern durchgeführt wurden, die in der B1" Dammmasse installiert waren (MPF/MPE/PF, 2019). Dennoch wurden die Aktivitäten der Bergbauunternehmen nicht eingestellt und es gab keine Evakuierung der gefährdeten Gebiete. Vor diesem Hintergrund kann die Katastrophe von Brumadinho durchaus als erfolgloser Versuch angesehen werden, die oben beschriebene Strategie zu initiieren.

Katastrophentraining, Produktion von Angst und Aneignung von Territorien

Es scheint jedoch so, dass Vale sich schnell von dem Schock erholt hat. Kurz nach der Veröffentlichung einer Liste von 10 weiteren kritischen Dämmen beeilte sich das Unternehmen zu erklären, dass es keine unmittelbare Gefahr einer weiteren

Katastrophe gebe.⁸ Als sich jedoch die öffentliche Debatte über die Sicherheit der Bewohner*innen in den sogenannten "Selbstrettungszonen" intensivierte, änderte sich das Verhalten von Vale. Sie begann, Fluchtwege zu signalisieren, Sirenen aufzustellen und die Bevölkerung durch spezielle Trainings auf Notfälle vorzubereiten. Es handelt sich jedoch nicht um eine zivilisierte Strategie der Risikominimierung und Vorbereitung auf temporäre Evakuierungen, die die Bevölkerung hätte beruhigen könnte. Stattdessen ließ Vale nach der bürokratischen Neueinstufung des Risikoniveaus dieser Dämme die Sirenen im Morgengrauen heulen, ohne dass es wirklich nötig war. Soziale Bewegungen nennen das Verfahren "Terrorismus der Tailingsdämme" (MANUELZÂO, 2019), wodurch Tausende von Menschen vertrieben wurden. Für die Bewohner*innen wurde ihr Wohn- und Lebensort buchstäblich über Nacht in eine Angstzone verwandelt, aus dem sie so schnell wie möglich weg wollten. Aber was für einen Vorteil zieht Vale aus diesem Vorgehen?

Wie erwähnt, sind die Dämme, die nun als hochriskant eingestuft werden, genau diejenigen, deren Rückbau das Unternehmen schon vor dem Disaster plante. Die Trockenextraktion der abgelagerten Rückstände erfordert die Entwässerung der Absatzteiche. Um das Wasser zu sammeln, muss das Unternehmen Deiche in einem gewissen Abstand unterhalb dieser Dämme bauen. Daher muss Vale S.A. Land kaufen und die notwendigen Lizenzen erwerben. So war es auch im Falle des Sul Superior-Staudamms im Bergbaukomplex Gongo Soco in der Gemeinde Barão de Cocais. Nach der Neueinstufung der Gefahrenstufe am 8. Februar 2019 ließ Vale um 4:00 Uhr morgens die Sirenen heulen und evakuierte 487 Personen.⁹ Am selben Tag kündigte Vale gegenüber SUPPRI den Beginn von "Notfallarbeiten zur Umsetzung der Laminatbeton-Konstruktion - RCC stromabwärts des Alto-Sul-Staudamms" (Schreiben eingereicht bei SUPPRI/SEMAD, 04.09.2019, Nr. 446/2019) an, die auch die Beseitigung von geschütztem Atlantischen Küstenregenwald einschließt. Es handelt sich um eine 35 m hohe und 107 m lange Mauer, die 6 km unterhalb des gefährdeten Damms errichtet wird. Die zum Teil traditionellen Gemeinden Socorro, Tabuleiro, Piteiras und Vila Congo, die sich in dieser offiziell ausgewiesenen "Selbstrettungszone" (nach dem Prinzip "Rette sich wer kann") befinden, werden wahrscheinlich nie wieder in ihr Land zurückkehren können.

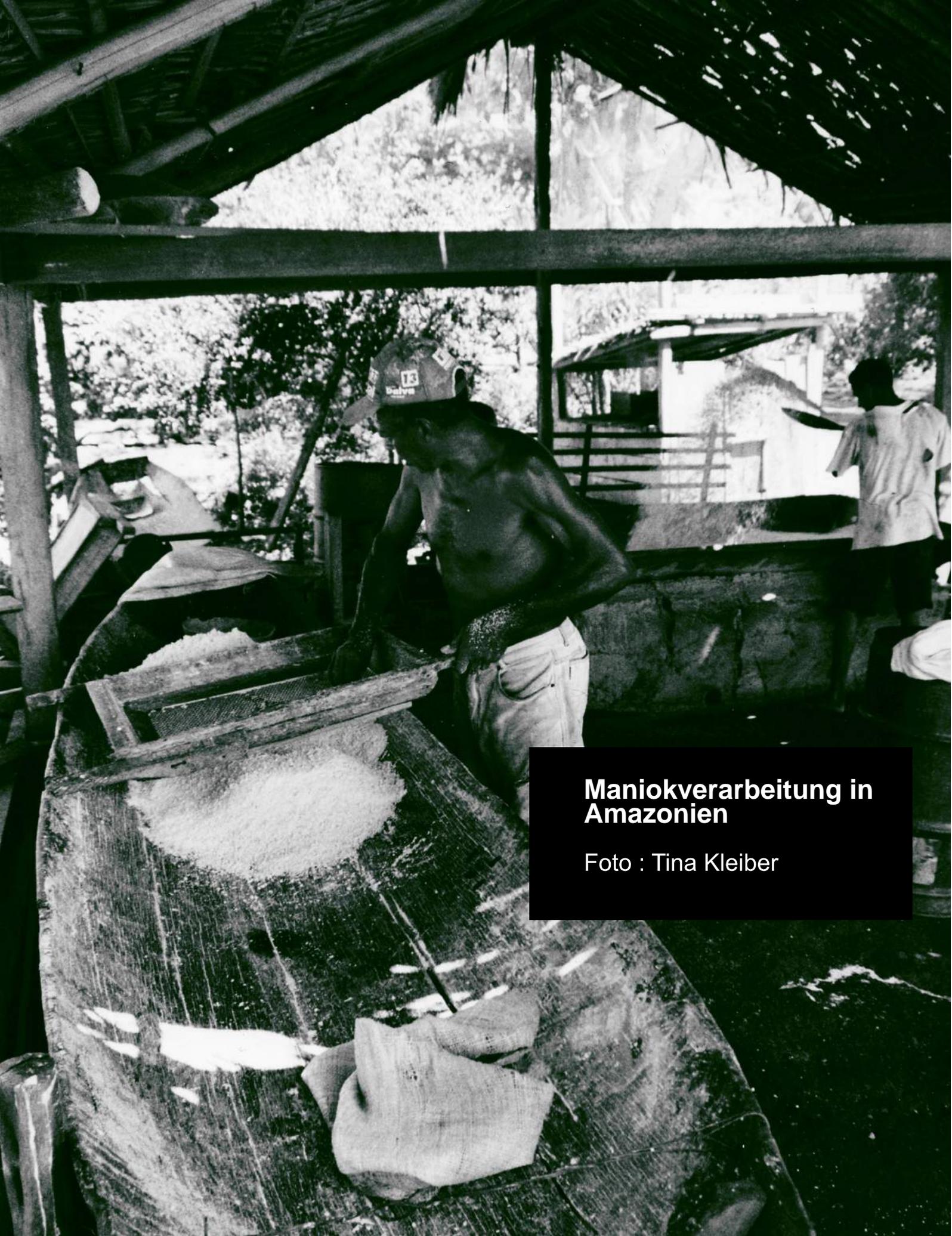
Ähnlich wurde im Juli 2019 im Fall der B3/B4-Staudämme der Blue Sea Mine in São Sebastião das Águas Claras, allgemein bekannt als Macacos, verfahren. Da es sich "um ein Notfallprojekt handelt, ist eine vorherige Genehmigung nicht erforderlich", so Vale.¹⁰

Mit anderen Worten, das Unternehmen benutzt das Notfallar-

gument, um die Umweltverträglichkeitsprüfung auszuhebeln und sich billig umfangreiche Flächen für ihre Vorhaben anzueignen, die ja über die durch die Katastrophentrainings ausgelöste Angst unverkäuflich wurden. Es handelt sich also um eine neue Form von Landgrabbing durch Terror. Neben den genannten Fällen heulten die Sirenen bereits in Itatiaiuçu, Nova Lima, Ouro Preto, Itabira, Itabirito, Congonhas und Rio Preto, während die Aktien der für die Verbrechen verantwortlichen Bergbauunternehmen munter steigen. ■

* Klemens Laschefski ist Geograph. Er lehrt und forscht im Fachgebiet politische Ökologie an der Universidade Federal de Minas Gerais.

- 1 SAMARCO ist ein Joint Venture zwischen Vale S.A. und dem australischen multinationalen Unternehmen BHP Billiton.
- 2 Jornal da USP, Rio Paraopeba está morto e perda de biodiversidade é irreversível. 04 abr 2019. <https://jornal.usp.br/atualidades/rio-paraopeba-esta-morto-e-perda-de-biodiversidade-e-irreversivel/>. Zugriff am: 08. Juli 2019.
- 3 Brasil Econômico. Mesmo com tragédia de Brumadinho, Vale deve lucrar em 2019. 29 de março de 2019. <https://economia.ig.com.br/2019-03-18/vale-deve-lucrar-em-2019.html>. Zugriff am: 08. Juli 2019.
- 4 O Tempo. Mineradoras bancaram 102 deputados eleitos por Minas Gerais em 2014. 31 de janeiro de 2019. <https://www.otempo.com.br/politica/mineradoras-bancaram-102-deputados-eleitos-por-minas-gerais-em-2014-1.2129410>, Zugriff am: 08. Juli 2019.
- 5 MOVSAM - Movimento Pelas Serras E Águas De Minas. SUPPRI e COPAM utilizam estratégias arbitrárias para beneficiar megamineradoras que colocam em risco população e meio ambiente. Disponível em: <https://conflitosambientaismg.lcc.ufmg.br/noticias/suppri-e-copam-utilizam-estrategias-arbitrarias-para-beneficiar-mega-mineradoras-que-colocam-em-risco-populacao-e-meio-ambiente/>. Zugriff am: 08. Juli 2019.
- 6 Im Juni 2019, nachdem der Parlamentarische Untersuchungsausschuss (CPI) des Brumadinho-Staudamms in der Legislative Assembly of Minas Gerais (ALMG) die Frage der möglichen Korruption im Zusammenhang mit dem Kauf des NEUEN Stahls aufgeworfen hatte, stellte Vale klar, dass es keinen Zusammenhang mit dem Córrego do Feijão-Staudamm gibt.
- 7 STAR ONLINE. Vale, miners' shares climb on post-disaster plan to shut dams. <https://www.thestar.com.my/news/world/2019/01/30/vale-says-it-will-sacrifice-output-for-dam-safety-in-brazil/>. Zugriff am: 08. Juli 2019.
- 8 Agência Brasil. Vale tinha ciência que barragem de Brumadinho estava em "atenção". 12 de fevereiro de 2019. <http://agenciabrasil.ebc.com.br/geral/noticia/2019-02/mp-vale-tinha-ciencia-que-barragem-de-brumadinho-estava-em-atencao>, Zugriff am: 08. Juli 2019.
- 9 O Tempo. Em Barão de Cocais, mais 248 pessoas são retiradas de casa. 10 de fevereiro de 2019. <https://www.otempo.com.br/cidades/desastre-em-brumadinho/em-barao-de-cocais-mais-248-pessoas-sao-retiradas-de-casa-1.2134500>. Zugriff am: 08. Juli 2019.
- 10 Estado de Minas. Barreira será construída em Macacos devido a risco de rompimento de barragem. Acesso em 06 de Julho de 2019. https://www.em.com.br/app/noticia/gerais/2017/11/02/interna_gerais,913588/concessao-licenca-para-barragem-vale-em-itabirito-ignora-advertencia.shtml. Zugriff am: 08. Juli 2019.



Maniokverarbeitung in Amazonien

Foto : Tina Kleiber

Das Entsetzen über die Regierung Bolsonaro ist groß. Die jüngsten Brände in Amazonien haben nochmal gezeigt, welche gefährlichen Konsequenzen auch Worte und Ankündigungen haben können. Bolsonaro dafür verantwortlich zu machen und zu brandmarken, das ist leicht – das übernehmen auch schon die Mainstream-Medien. Viel schwieriger ist die Frage zu beantworten: „Was tun?“, in solchen finsternen Zeiten.

Entwicklungszusammenarbeit in schwierigen Zeiten

von Thomas Fatheuer*

Vor dieser Herausforderung steht aber sowohl die staatliche wie auch nicht-staatliche Kooperation mit Brasilien. Betrachten wir zunächst die staatliche Kooperation.

Brasilien ist ein globales Partnerland der deutschen Kooperation. Brasilien ist zusammen mit China, Indien, Indonesien, Südafrika und Mexiko in dieser Gruppe zusammengefasst. Die Entwicklungszusammenarbeit (EZ) erhält damit einen neuen Begründungskontext. Für Brasilien bedeutet dies, dass die Einstufung der Armutsbekämpfung als wichtige Aufgabe der EZ durch die Förderung einer nachhaltigen Entwicklung und Zusammenarbeit zur Lösung globaler Herausforderungen (Klimawandel und Biodiversitätsverlust) abgelöst wurde. In Brasilien konzentriert sich die Kooperation nun auf zwei Bereiche: Förderung erneuerbarer Energien und Schutz des Tropenwaldes (in Amazonien und in der Mata Atlântica).

Dabei ist der Schutz der Tropenwälder seit 1992 und dem damals lancierten Pilotprogramm zur Bewahrung der brasilianischen Regenwälder der G-7 Gruppe (PPG7) ein wichtiges Feld deutscher EZ, das über Brasilien und den engeren Kreis der EZ hinaus Aufmerksamkeit erregt.

Aktuelle Schwerpunkte der deutschen EZ im Waldbereich sind:

- Die Unterstützung des Amazonienfonds
- „REDD Early Movers (REM)“ Programme in den Bundesstaaten Acre und Mato Grosso
- Unterstützung des Umweltkatasters „Cadastramento Ambiental Rural (CAR)“
- Unterstützung des Programms „Terra Legal“ zur Regulierung von Land ohne Besitztitel

Neben diesem Programm gibt es eine Reihe weiterer Projekte und neben dem für die EZ zuständigen BMZ haben in den letzten Jahren auch Fördermaßnahmen des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU)

in Brasilien begonnen.

Das grundlegende Dilemma ist eigentlich klar: Die Förderung des Waldschutzes in Brasilien konnte seit 1992 auf einem nationalen Konsens in Brasilien aufbauen, der eine Reduzierung von Entwaldung zum politischen Ziel gemacht hat. Dies wurde schließlich in der nationalen Klimapolitik und in den brasilianischen Klimazielen im Kontext des Pariser Abkommens festgelegt. Konkret bedeutet dies die Reduzierung von Ent-

waldung auf 3.900 km² bis zum Jahre 2025.

Die Regierung Bolsonaro hat diesen Konsens nun verlassen und ihre Äußerungen und politischen Maßnahmen, insbesondere die dramatischen Kürzungen bei den Umweltbehörden, zeigen, dass die Reduzierung von Entwaldung kein ernsthaftes Ziel der Regierungspolitik mehr ist – da helfen auch keine

Lippenbekenntnisse zum Pariser Abkommen.

Die Ergebnisse der ersten Monate dieser Politik wurden durch die Feuer im August sichtbar: Die Entwaldung wird sicherlich ansteigen, Schätzungen gehen davon aus, dass die Jahresbilanz für 2018/19 bei 11.500 km² liegen wird im Vergleich zu 7.500 im Jahre 2017/18 – also eine Steigerung um ca. 50%. Brasilien entfernt sich damit meilenweit von seinen Klimazielen und verstärkt die Tendenz der letzten Jahre: seit 2012 steigen die Entwaldungsraten wieder an.

Das stellt die aktuelle EZ vor ein großes Dilemma. Sowohl die REM-Programme wie auch der Amazonienfonds bauen auf dem REDD-Ansatz auf: Zahlungen sind also an die nachweisbare Reduzierung von Entwaldung (und dem damit verbundenen CO₂-Ausstoß) gebunden. Dies ist im einzelnen kompliziert und hängt vom gewählten Referenzwert ab. Bisher konnte Brasilien immer davon profitieren, dass aufgrund der Reduzierung von Entwaldung nach 2004 immer die Referenzwerte erreicht wurden, weil die Jahre 2003/2004, in denen die Entwaldung explodierte, immer mitgezählt wurden. Dies neigt sich nun dem Ende entgegen. Beim Amazonienfonds liegt der Referenzwert für künftige Zahlungen bei 8.150 km². Für REM Mato Grosso liegt der Wert bei 1.800 km² – hier kann man gespannt sein, was passiert, wenn der Bundesstaat den Wert reißt.

Eins zeigt sich ganz deutlich: die REDD-Logik taugt nicht für künftige Kooperationen mit Brasilien – im Gegenteil. Greift man nicht auf völlig absurde Rechnungen zurück, heißt es nun: Keine Ergebnisse – kein Geld.

Damit werden dann aber auch diejenigen bestraft, die gar nicht die Entwaldung antreiben, also indigene Völker und traditionelle Gemeinschaften.

Auch in finsternen Zeiten kann also Kooperation sinnvoll sein.

Das zeigt die aktuelle Auseinandersetzung um den Amazonienfonds. Zwar sind neue Zahlungen aus den dargelegten Gründen schwer vorstellbar, aber der Vorrat („pipeline“) nicht abgeflossener Gelder ist enorm. Etwa 800 Millionen Reais warten darauf, ausgegeben zu werden. Gestoppt wurde der Amazonienfonds also nicht durch die Geber, sondern durch ein von Umweltminister Ricardo Salles verhängtes Moratorium. Salles hat erklärt, dass ihm die aktuelle Struktur des Fonds nicht passt, insbesondere nicht die Beteiligung von NGOs und indigenen Organisationen am Koordinationsgremium und den Zuwendungen. Schon im August sollte ein neuer Entwurf zur Struktur und Förderung von Salles vorgelegt werden. Dies ist bis zum Redaktionsschluss (02.09.2019) nicht erfolgt.

Das BMZ will die Bewertung dieses Vorschlages abwarten, bevor es eine Entscheidung über die Fortführung der Kooperation mit dem Amazonienfonds trifft. Das ist nachvollziehbar, insbesondere weil brasilianische NGOs und indigene Organisationen – bei aller Kritik am Fonds – dessen Fortsetzung verteidigen.

Jair Bolsonaro, sein Sohn Eduardo und weitere Vertreter der Regierung haben sich aggressiv in Bezug auf internationale Hilfe für Amazonien geäußert. Sie haben die alten Ängste gegenüber einer „Internationalisierung Amazoniens“ wieder erfolgreich geschürt. Dies hat zu einem Schulterchluss zwischen Militärs und Bolsonaro in der Amazonaspolitik geführt. Die von Bolsonaro betonte Perspektive „Entwicklung und Erschließung von Amazonien“ und der damit verbundenen Angriff auf indigene und geschützte Territorien vereint Militärs und das ideologisch aufgeheizte Bolsonaro-Lager. Man sollte also nicht unterschätzen, dass jenseits provozierender und schockierender Äußerungen des Präsidenten hier durchaus ein Konsens der politischen, ökonomischen und militärischen Eliten Brasiliens sichtbar wird – auch wenn es Unterschiede in der Aggressivität der Rhetorik gibt.

Die Zukunft der EZ muss sich also einer doppelten Herausforderung stellen: der REDD-Ansatz ist in Zeiten steigender Entwaldung nicht zukunftsfähig und die positive Allianz zwischen EZ und Teilen der Regierung, insbesondere dem Umweltministerium, ist zerbrochen. Dieses ist unter Minister Salles zu einem aggressiven Akteur gegen eine Umweltagenda in Amazonien mutiert. In dieser Situation kann sich EZ nicht durchklavieren. Es ist ein offener Dialog mit der brasilianischen und deutschen Zivilgesellschaft notwendig. Im Juni gab es mit einem Ländergespräch einen guten Anfang. Allerdings sorgten Aussagen von Vertreter*innen des BMZ und der GIZ, man würde nun im Landwirtschaftsministerium seriösere Ansprech-



Stiftung für die Soziobiodiversität
Foto: Mídia NINJA (CC-BY-NC).

partner*innen treffen, für Besorgnis. Ein einfaches Ministerienhopping wird nicht reichen. Zukünftige Kooperation muss in diesem problematischen Umfeld gründlich und ergebnisoffen überprüft werden. Dabei gilt es auch, die Kritik aus der Zivilgesellschaft und der brasilianischen Staatsanwaltschaft (Ministério Público) ernst zu nehmen, die das Risiko sehen, dass die Programme „Terra Legal“ und „CAR“ zu Instrumenten von Landraub werden. Hier muss ernsthaft geprüft werden, ob ein „Weiter so“ unter den geänderten Rahmenbedingungen überhaupt noch möglich ist.

Zur deutschen EZ gehört auch die Förderung der Zivilgesellschaft. Die kirchlichen Hilfswerke, zahlreiche kleine Organisationen aber auch die politischen Stiftungen haben in den letzten Jahren wertvolle Arbeit geleistet. Es besteht große Besorgnis, dass diese Kooperationen unter der Regierung Bolsonaro gefährdet sind. Die deutsche Bundesregierung muss sich für die Bewahrung rechtsstaatlicher Prinzipien in Brasilien einsetzen und die Kooperation mit der Zivilgesellschaft stärken und ausbauen. Dabei sind auch neue Wege in der Kooperation mit der Zivilgesellschaft zu prüfen, ebenso wie eine Ausweitung der Förderung der wissenschaftlichen Kooperation. Die Krise sollte auch die EZ dazu nutzen, zu prüfen, was sich in den letzten Jahren bewährt hat und zu bewahren gilt, wie etwa die Förderung und Sicherung indigener und geschützter Territorien.

Und schließlich hat sich in der aktuellen Debatte in der Zivilgesellschaft Europas ein Konsens herausgebildet: unter den bestehenden Umständen ist eine Unterzeichnung des EU-Mercosur-Abkommens abzulehnen. ■

* Thomas Fatheuer lebt als freier Autor in Berlin. Seine Themen umfassen Umwelt- und Klimafragen: REDD, Amazonien, Green Economy und Biodiversität. Er ist Mitglied im Vorstand der Kooperation Brasilien e.V..

Groß war der Aufschrei nach dem Dambruch des Rückhaltebeckens der Vale-Eisenerzmine Córrego do Feijão in der Nähe des Dorfes Brumadinho im brasilianischen Bundesstaat Minas Gerais am 25. Januar 2019. Brumadinho liegt nur 149 Kilometer von der Mine Germano entfernt, dessen Damm am 5. November 2015 in der Nähe der Kleinstadt Mariana gebrochen war. Zwei Ereignisse, drei Jahre auseinander - und doch alles vom Gleichen: Tote über Tote, riesige Schlammmassen, die alles Leben und Natur unter sich begruben, teilweise hunderte Kilometer weit verseuchte Flüsse, zerstörtes Land. Die tragischen Gemeinsamkeiten: die gleiche Firma - Vale -, das gleiche am Weltmarkt so begehrte Produkt - Eisenerz -, die gleiche Dammbauweise - „Upstream“ -, die gleichen Banken und die gleichen Versicherer - u.a. Deutsche Bank, Allianz, Münchener Rück, Hannover Rück, die gleichen Ausreden - hat ja niemand ahnen können.

Großer Aufschrei, dann tatenlos Zurückrudern Wie die beiden Dambrüche von Mariana und Brumadinho erst medienwürdige Reaktionen hervorrufen, die dann bald wieder im Sande verlaufen

von Christian Russau*

So groß war der Aufschrei nach dem wiederholten Bruch des Rückhaltebeckens einer Erzmine, dass selbst industriennahe, erzneoliberale Politiker*innen öffentlich erklärten, dass nun nach den zwei Brüchen von Mariana und Brumadinho die bruchanfälligsten unter den Dammkonstruktionen für Tailings (Rückhaltebecken für meist verflüssigte Bergbauabfälle) - die sogenannten „Upstream“-Dämme - künftig nicht mehr zugelassen werden und, mehr noch, die Bestehenden bis 2021 zu deaktivieren und zurückzubauen seien. Bei „Upstream“-Dämmen handelt es sich um eine Dammerichtung, hinter der noch flüssiges Schlammmaterial abgelagert wird, das im Lauf der Jahre aushärtet, so dass auf der Dammkrone und dem (dann hoffentlich genug ausgehärteten Material) eine neue Dammkrone aufgesetzt wird und erneut flüssiges Material einige Jahre eingelagert wird, bis wiederum eine neue Dammkrone obendraufgesetzt wird - und dieser Prozess bis zu zehn Mal im Lauf der Jahrzehnte wiederholt wird. Im Falle Brumadinhos gab es von den ersten Bauten Mitte der 1970er Jahre durch die damalige Eigentümerin Thyssen bis zur späteren Besitzerin Vale insgesamt zehn Dammbauten.

Viele Dämme (tailings) von Bergwerksdeponien werden nach diesem „Upstream“-Verfahren gebaut, denn dieses ist das bei weitem kostengünstigste, aber eben auch das bruchanfälligste

aller Tailingdammsysteme. Drüber hinaus gibt es das Center-Verfahren und das Downstream-Verfahren. Das Downstream-Verfahren, ist das teuerste, aber sicherste aller Tailings-Dammbau-Verfahren. Zur Erinnerung: die Statistik zu Dambrüchen sagt, dass Tailingbrüche, also Brüche der Dämmen von Bergwerksdeponien, statistisch um den Faktor 10 häufiger brechen als Wasserkraftstaudämme (weswegen interessanterweise die International Commission on Large Dams ICOLD in ihrem 58.000 Staudämme umfassenden Register keine Dämme von Bergwerksdeponien aufnehmen mag, weil die ja dann die Statistik der Dambrüche so verheerend aussehen lassen würden). Beim Center-Verfahren wird die Aufstockung jeweils auf dem Dammbereich vorgenommen, beim „Downstream“-Verfahren wird bergab die Dammerweiterung vorgenommen. „Upstream“-Dämme sind in vielen Ländern Lateinamerikas, beispielsweise in Chile, schon längst verboten.

Bereits nach dem Bruch von Mariana war der Aufschrei groß. Die Betroffenen schlossen sich mit den Nichtregierungsorganisationen und sozialen Bewegungen zu-

sammen und fluteten - in Antwort auf den Bruch von Mariana - auch die Aktionärsversammlungen von Vale in Rio de Janeiro, protestierten für Gerechtigkeit, Entschädigungen und Bestrafung der Täter*innen. Entschädigungen sind bis heute kaum geflossen; eine Bestrafung der Täter*innen wird immer unwahrscheinlicher, etliche Strafprozesse wurden mittlerweile schon eingestellt; „Gerechtigkeit“ im Falle Marianas erwartet heute kaum noch jemand. Gleiches gilt für Brumadinho.

Die Kritik wurde auch nach Deutschland getragen. Betroffene des Dambruchs von Mariana waren im Mai 2018 zusammen mit Vertreter*innen der Staudambetroffenen MAB und dem katholischen Hilfswerk Misereor auf der Aktionärsversammlung der Deutschen Bank in Frankfurt und warfen der Bank Mitverantwortung für den Dambruch bei Mariana vor, da die Bank trotz der jahrelangen Warnungen der brasilianischen Zivilgesellschaft vor dem Bergbaukonzern Vale der Firma erhebliche Kredite zur Verfügung stellte. Zwischen 2010 und 2017 stellte die Deutsche Bank der brasilianischen Vale 701 Mio Euro an Krediten und Anleihen zur Verfügung. Außerdem hielt die Deutsche Bank im Jahr 2018 Aktien an Vale. Erschütternd waren die Interviews, die die Betroffene María José Horta Carneiro Silva gab, in denen sie von dem Schlammsunami erzählte, der ihr Land traf und der Familie die Lebensgrundlage

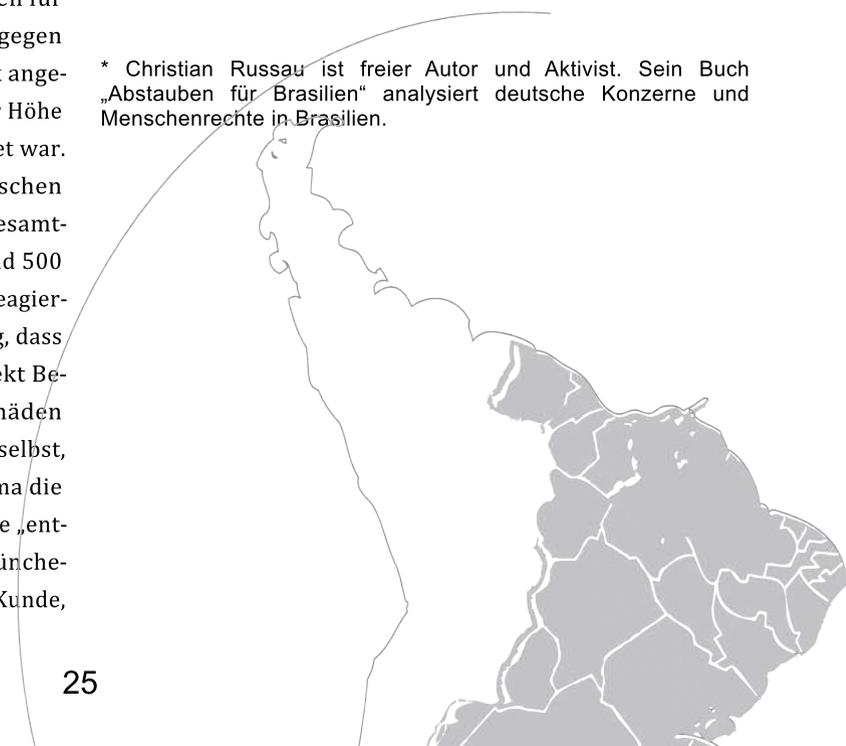
raubte. Die Deutsche Bank erklärte, die Vorwürfe zu prüfen und entsprechend ihren Nachhaltigkeits- und „Good Governance“-Kriterien zu handeln. 2019 führte die Deutsche Bank Vale noch immer in ihren Büchern.

Im Februar 2019, wenige Wochen nach dem Dambruch von Brumadinho, waren zwei Vertreter*innen der internationalen Koordinierung der vom Unternehmen Vale Betroffenen (Articulação Internacional dos Atingidos e Atingidas pela Vale), einem Netzwerk, das verschiedene Gruppen wie Gewerkschafter*innen, Umweltschützer*innen, NGOs, soziale Bewegungen, Gemeindeverbände, religiöse Gruppen und Akademiker*innen aus Brasilien, Argentinien, Peru, Kanada und Mosambik zusammenbringt, auf der Jahreshauptversammlung der Aktionär*innen von Europas größtem Kupferverarbeiter, Aurubis in Hamburg. Die Aktivist*innen verlangten Auskunft über die Liefermengen an Kupfer, Erzen und anderen Mineralien, die die Firma Vale an Aurubis verkauft und wiesen den Konzern auf seine Lieferkettenverantwortung hin. „Vale ist einer der größten Erz-Exporteure der Welt und fast seine gesamte Produktion wird in Länder wie Deutschland exportiert“, erklärte Maíra Mansur von den Atingidas pela Vale. „Deutschland ist der viertgrößte Handelspartner Brasiliens und der größte in Europa. Daher ist es notwendig, über Handelsketten nachzudenken und die Verletzung der Menschenrechte im gesamten Produktionsprozess zu betrachten. Internationale Partner wie Aurubis müssen effektiven Druck auf Unternehmen ausüben, die gegen Sozial- und Umweltrechte verstoßen.“ Bislang hat Aurubis darauf noch nicht öffentlich geantwortet. Und die Versicherer? Also diejenigen Firmen, denen eigentlich im Schadenfall die Hauptlast an zu übernehmenden Schadenskosten zufallen müsste? Im Jahr 2016 erklärten die Münchener Rück, die Allianz und die Hannover Rück, sie hätten für den bei Mariana gebrochenen Damm Versicherungen gegen Bruch in den Büchern. Alle drei äußerten ihren Schock angesichts des Mariana-Bruchs. Unklar blieb, ob das auch der Höhe der Belastungen für die Versicherungsbranche geschuldet war. Immerhin beliefen sich Berechnungen der brasilianischen Rückversicherungsfirma Terra Brasis Resseguro die Gesamtbelastung für die Branche auf zwei Milliarden Reais (rund 500 Millionen Euro umgerechnet). Entsprechend wortkarg reagierten die Versicherer. Bestätigt wurde aber die Vermutung, dass 90 Prozent der Versicherungssumme nicht an die direkt Betroffenen gehen oder zur Beseitigung der Umweltschäden verwendet werden, sondern eben an die Bergbaufirma selbst, die eine Versicherung abgeschlossen hatte, die der Firma die Umsatzauffälle ersetzt, also Ersatz leistet für sogenannte „entgangene Gewinne“. Auf Nachfrage erklärten Allianz, Münchener Rück und Hannover Rück quasi unisono, es sei der „Kunde,

der über die Art der Versicherung“ entscheide. Im übrigen arbeite man in der Branche an neuen Lösungen, „Upstream“-Dämme sähe man kritisch, aber das löse man gemeinsam mit den Firmen. Transparenz, Round Table mit Betroffenen und Aktivist*innen – surely not in the insurance business, no way. Und TÜV Süd, der deutsche Zertifizierer aus München, der den gebrochenen Damm Brumadinho im Vorjahr zwei Mal auf Sicherheit geprüft hatte und alles für korrekt und sicher erachtete? Dieser hat sich mittlerweile vom Zertifizierungsbusiness für Tailingdämme zurückgezogen, harrt in Brasilien der Gerichtsprozesse, in denen es auch um Milliardenerschadensersatzzahlungen geht und nimmt hier in Deutschland schon mal sicherheitshalber hohe Geldbeträge für Rückstellungen in die Hand.

Bleibt noch die Entscheidung, die bestehenden „Upstream“-Dämme in Brasilien bis 2021 zu deaktivieren und zurückzubauen. Wenige Monate nach der offiziellen Entscheidung über das baldmögliche Ausphasieren dieser Dammbauart erfolgte der Rückzieher. Die für Bergbau zuständige Behörde erließ im August ein Dekret. Bisher sollten alle „Upstream“-Dämme bis maximal zum 15. August 2021 in Betrieb sein. Nun aber sollen die Bergbauunternehmen die Arbeiten im September 2022 für Deponien mit bis zu 12 Millionen Kubikmetern Halddenvermögen, im August 2025 für bis zu 30 Millionen Kubikmeter große Anlagen und bis August 2027 für Bauten mit mehr als 30 Millionen Kubikmeter Füllmasse an Bergbauschlämmen abschließen. So wird nach Abebben der medialen Aufmerksamkeit wieder industriefreundliche Politik betrieben. Und alles geht wie bisher seinen katastrophalen Gang. Bis zum nächsten Bruch. ■

* Christian Russau ist freier Autor und Aktivist. Sein Buch „Abstauben für Brasilien“ analysiert deutsche Konzerne und Menschenrechte in Brasilien.



Wie kann eine transformatorische Wirtschaftsweise aussehen, die den sozialen und ökologischen Erhalt für eine Region und einen Naturraum wie das Amazonasgebiet einbezieht? Wie kann der Amazonasregenwald einerseits erhalten werden und gleichzeitig seinen Bewohner*innen eine Lebensgrundlage und ein Einkommen bieten? Und schließlich: Wie können Konsument*innen von Amazonasprodukten sichergehen, dass mit ihrem Kauf keine Ausbeutung oder Umweltzerstörung einhergeht?

Auf der Suche nach Unternehmensformen oder Zusam-

leben Hunderte Familien indigener Völker oder aus traditionellen Sammelgemeinschaften. Sie alle kämpfen gegen illegalen Holzeinschlag (2018 laut ISA auf 32.000 Hektar oder 40 Mio. Bäume), illegale Landnahme und die illegale Goldsuche, die seit dem Beginn des Megaprojekts Belo Monte in Pará rasant zugenommen haben.

Das Treffen der extrativistas Anfang Juni 2019 in Altamira (PA) war mit 100 Teilnehmenden gut besucht, die z.T. weite Wege auf sich genommen hatten. Eingeladen waren Regierungsvertreter*innen, die Firmen, die im Verbund Produkte

aus der Region vermarkten und sich gleichzeitig für die Rechte von Indigenen und traditionellen Gemeinschaften einsetzen, sowie Indigene und traditionelle Sammler*innen. Teilnehmende erklärten, die Begegnung sei wichtig, weil sie ermögliche, dass Händler*innen die Lebensrealitäten der traditionellen Gruppen kennenlernen. Tropenwald in Amazonien

nachhaltig und wirtschaftlich zu nutzen, verlangt eine ganzheitliche Herangehensweise. Im Konzept von Origens Brasil finden sich interkulturelle Akzeptanz, Transparenz und Teilhabe wieder. Jedes Produkt hat eine Geschichte, eine Herkunft, eine Region aus der es stammt, womöglich sogar ein Gesicht, das für ein Produzenten-Kollektiv verantwortlich ist. Seit 2009 hat sich ein Netz aus Firmen und NGOs mit indigenen und traditionellen Sammler*innen gebildet, das 2016 ein gemeinsames Label hervorbrachte. Die bislang elf Produkte stammen aus dem Bereich der Nichtholzprodukte wie z.B. Nüsse, Öle, Naturkautschuk, Früchte oder Kunsthandwerk. Ihre Vermarktung erfolgt über das Label „Vem do Xingu“ (aus der Region des Flusses Xingu) und garantiert faire Arbeitsbedingungen und individuelle Preise.

1.500 Produzent*innen aus 34 Ethnien haben sich in 40 lokalen Organisationen und Dorfgemeinschaften zusammengeschlossen. Sie gehören genauso zu Origens Brasil, wie 14 Unternehmen, die 40 verschiedene Produkte und Einzelzutaten herstellen und dafür in 36 Schutzgebieten agieren.

Auf den Märkten von Pinheiros, São Paulo und Altamira werden Paranüsse, Babaçumehl, Copaibaöl, Babaçuöl und sieben weitere Produkte aus kollektiver Bewirtschaftung verkauft. Ausgangspunkt sind 27 von indigenen Gruppen und traditionellen Flussuferbewohner*innen selbstverwaltete Kantinen im Gebiet von Terra do Meio.

Nachhaltige Regenwald-Produkte der Region Xingu

Die Erzeugergemeinschaft Terra do Meio

von Uta Grunert*

menschlüssen, die ihre Firmenphilosophie nicht nur an unkritische Konsument*innen und Profiten ausrichten, sondern integrative Organisations- und Beteiligungsformen für Produzent*innen und Mitarbeitende haben, taucht das Label „Vem do Xingu“ auf. Das sozialökologische Amazonasinstitut ISA stellt die Erzeugergemeinschaft beim VI. Treffen der extrativistas (Traditionelle Gemeinschaften für Sammelwirtschaft von Nicht-Holz-Waldprodukten) vor. Ihr kollektiver Wirkungskreis erstreckt sich auf das Gebiet Terra do Meio, das zwischen den beiden Flüssen Xingu und Iriri in Pará liegt. Auf 12 Millionen Hektar - inklusive sechs indigene Schutzgebiete und acht Umweltschutzgebiete (Unidades de Conservação) -

Regenwald-Produkte der Marke Vem do Xingu: Babaçu-Mehl, Kuchenbackmischung, Paranüsse. Foto: Claudio Tavares-ISA



Acht Kleinbetriebe zur Verarbeitung von Nichteinzelholzprodukten tragen zusätzlich zur Wertsteigerung und einem Einkommen für indigene und traditionelle Gruppen bei. Für ihre nachhaltigen Produkte erzielen sie einen fairen Preis. Auch die Unternehmen Mercur (Produkte aus Naturkautschuk), Firmenich (Copaibaöl) und Wickbold (Paranuss), Pão de Açúcar und Lush (Kosmetik) sowie die Bürgermeister der regionalen Munizipien gehören dem Verbund an. Mit neun neuen Handelspartnern befindet man sich laut ISA in Verhandlung.

Auffällig ist der hohe Frauenanteil bei der Versammlung, ein neues Phänomen. Indigene Gruppen und Sammler*innengruppen werden zunehmend von Frauen vertreten: Arara, Xikrin, Parakanã, Xipaya und die Flussanwohnerinnen der Sammel-Schutzgebiete Resex. Im Februar waren die *menire*, wie die Frauen der Xikrin genannt werden, von der Welternährungsorganisation FAO für ihr Babaçuöl-Unternehmen mit dem Preis „Saber e Sabores 2018“ ausgezeichnet worden. Die NGOs Imaflor und ISA stehen für das Konzept von Origens Brasil, das ethische und transparente Prinzipien in den Handel integriert. Finanziert wurde das Projekt u.a. über den Amazonasfonds. Ende Juni 2019 wurde die Marke mit einem internationalen Preis der Welternährungsorganisation FAO für Innovation in den Bereichen Ernährungssouveränität und nachhaltige kleinbäuerliche Landwirtschaft ausgezeichnet. Der Ansatz gewähre ein hohes Maß an Resilienz und sozialer Autonomie, er sichere indigenen und traditionellen Gemeinschaften langfristige Einkommen und Ernährung bei gleichzeitiger klimaschonender Produktion. So sei die Lebensweise der indigenen und traditionellen Bevölkerung ein Garant für die Einhaltung der internationalen SDGs. Der Preis erkenne an, dass Indigene, Quilombolas und traditionelle Gemeinschaften mit nachhaltigen Konzepten Schutz und Nutzen ihrer Territorien zukunftsfähig miteinander kombinieren. ■

* Uta Grunert ist Koordinatorin in der Geschäftsstelle von Kooperation Brasilien KoBra e.V. Der Artikel entstand im Juli 2019 im Rahmen des Dossiers Indigene und Landfragen für Brot für die Welt.

Schon mal von Dandara gehört? Der Name steht über dem handgemalten Transparent einer *negra*, im Hintergrund einer Tagung junger lateinamerikanischer Gewerkschafter*innen in São Paulo. Sie tauschen Informationen und Erfahrungen rund um die Textilproduktion aus. Wie geht es mit der Reform der Sozialversicherungssysteme weiter? Welche Erfahrungen haben andere Länder in Arbeitskämpfen gemacht? Viele der Arbeiter*innen sind Afrobrasilianer*innen. Ein zweites Transparent daneben erinnert an die 2018 ermordete Stadträtin Marielle Franco aus Rio de Janeiro, die zur Symbolfigur für die Kämpfe der afrobrasilianischen Bevölkerung und besonders der Frauen gegen Rassismus, Polizeigewalt und Unterdrückung wurde. Beide stellen anscheinend eine Art Vorbild für politisch bewegte Afrobrasilianer*innen dar. Ich muss gestehen: Dandara? - Nie gehört. Bei der Suche nach Informationen stolpere ich über ein Videospiel, eine spanische Modekette und eine brasilianische Schauspielerin, bis am Ende die historische Dandara auftaucht und ich auf eine Geschichte aufmerksam werde, die in die Zeit der Sklavenaufstände zurückreicht und heute zum Politikum wird.

(Un)Sichtbare politische Frauen: Dandara dos Palmares Feminista, Negra, Quilombola

von Uta Grunert*

Am 27. März 2019 hat der brasilianische Senat per Gesetzesvorlage (PL 55/2017) dafür gestimmt, dass die beiden historischen schwarzen Widerstandskämpfer*innen Dandara dos Palmares und Luisa Mahin in das Gedenkbuch für Heldinnen der Nation Brasilien eingetragen werden. Die beiden wären die ersten afrobrasilianischen Frauen, deren Geschichte und Kampf auf diese Weise anerkannt und gewürdigt würde. Zur Umsetzung fehlt noch die Zustimmung des Präsidenten. Eine große Hürde, denn Bolsonaro war schon in seinem Wahlkampf mit frauenfeindlichen und stark rassistischen Äußerungen aufgefallen und hatte sogar behauptet, die Portugiesen hätten Afrika nie betreten.

In akademischen und aktivistischen Kreisen ist die Beurteilung der Sachlage kontrovers. Der Autor Ale Santos sieht in der Würdigung der beiden Widerstandskämpferinnen in Oscar Niemeyers Pantéon (*pantéon da patria e libertade Tankredo Neves*) in Brasília eine Wiedergutmachung für den Rassismus der brasilianischen Geschichte, die bisher die mündliche Überlieferung als Quelle nicht anerkennt. Ein

Rassismus, den er der akademischen Welt bis heute anlastet. Widerspruch kommt von der Historikerin Ana Lucia Araujo, die die Existenz der beiden nun prominenten Frauen anzweifelt und sie als Fiktion einordnet.

Kein Land existiert losgelöst von seiner Geschichte. Das wissen wir Deutschen nur zu gut. Brasilien hat neben seiner kolonialen Vergangenheit mit der einhergehenden Verdrängung von indigener Bevölkerung auch ein Erbe aus der Zeit der Sklaverei. Als letztes Land auf dem amerikanischen Kontinent wurde diese erst 1888 offiziell abgeschafft. 5 Millionen Afrikaner*innen wurden nach Brasilien verschleppt, dort verkauft und ausgebeutet. Brasilien ist bis heute eines der Länder mit dem größten Bevölkerungsanteil von Menschen mit afrobrasilianischen Vorfahren weltweit. Die Geschichte ist bis heute wirkmächtig, wenn man die Machtverteilungen innerhalb der Gesellschaft anschaut. Soziale Ungerechtigkeit und der Umgang mit Vergangenheit und Rassismus haben ihre Wurzeln in der Geschichte. Jede Art von Erinnerungskultur oder gar Widergutmachung ist umstritten. Im Nachgang zur Militärdiktatur wurde 1986 das Denkmal Pantéon in Brasilia gebaut, im Gedenkbuch sind Namen von großen brasilianischen Widerstandskämpfer*innen verzeichnet: Der Kautschukzapfer Chico Mendes wurde 1988 im Bundesstaat Acre ermordet. Unter anderem sind Namen wie Luís Gama, der Anwalt und Gegner der Sklaverei war, aufgeführt. 1997 wurde Zumbi aus Palmares in das Buch hineingeschrieben, der 1695 bei der Zerstörung des Quilombo Palmares (Alagoas) durch die Portugiesen getötet wurde. Zumbi war ihr Anführer, bis heute wird seiner beim alljährlichen Gedenktag der *consciencia negra* am 20. November gedacht. Schwarze Kämpfer*innen kamen beim nationalen Erinnern bislang nicht vor. Das ändert sich gerade.

Dandara dos Palmares gilt als die Frau bzw. Begleiterin Zumbis. Laut der Fundação Palmares ist der überwiegende Teil ihres Lebens im 17. Jhd. nicht schriftlich belegbar, weder ihr Geburtsort noch ihr Herkunftsland lassen sich mit einer Quellenangabe bestätigen. Sie hat dennoch bis heute überlebt, denn ihre Geschichten wurden mündlich tradiert. Die Mutter dreier Kinder hat bis zur Zerstörung durch die Portugiesen ebenfalls für die Freiheit der Nachfahren von Sklav*innen und frei geborenen Quilombolas in der Freien Republik Palmares gekämpft und am Ende den Tod einem Leben in Unfreiheit vorgezogen. Quilombolas kämpfen bis heute für den Erhalt ihrer Kultur, ihrer Religion und um kollektiv bewirtschaftetes Land (*territorio*).

Sicher wird eine Gesellschaft nicht allein dadurch geeint, dass lang verstorbene Vor-Kämpfer*innen für Gleichheit und Freiheit in ein Buch eingetragen werden. Aber der Umgang

mit Geschichte und Geschlechterrollen kann einen Weg in die Zukunft bahnen. Weg von Rassismus und Unterdrückung hin zu Vielfalt und Gerechtigkeit. Man mag über die Art der Quellen als Beweis von Geschichte streiten, - Dandara und Luísa haben längst einen Platz in heutiger Realität bekommen. NGOs wie *terra de direitos* und soziale Bewegungen wie die Landlosenbewegung MST schreiben über sie, Videos und Musikstücke werden verfasst. Sie holen ein Stück afrobrasilianische feministische Geschichte aus dem Dunkeln. Vielleicht sind sie Stellvertreter*innen für andere, unsichtbar gebliebene Kämpfer*innen gegen Unterdrückung und Ausbeutung, Stellvertreter*innen für die Dandaras und Luísas von heute: Donha Dijé, die 2018 verstorbene Sprecherin der Bewegung der *Babaçu-Nusssammlerinnen MIQCB*, die 2018 gewählten afrobrasilianischen Politiker*innen wie Talíria Petrone, die sich als *sementes* von Mariele betrachten, die heutigen Sprecher*innen von *Quilombos* und Produktionskollektiven, die Mütter von ermordeten Kindern und Jugendlichen in der Favela. Ob Bolsonaro den Streit über die Belegbarkeit von Dandara zur Ablehnung der Gesetzesvorlage nutzt? Falls dieser Fall eintritt, sollte das Parlament sofort nachlegen und eine von Historiker*innen anerkannte Widerstandskämpferin vorschlagen. Laut Ana Lucia Araujo gibt es genug von ihnen: *Iyá Nassô*, *Carolina de Jesus*, *Clementina de Jesus*, *Mae Meninha do Gantois*, *Lélia Gonzales*, *Mae Stella* oder *Luiza Bairros*. Es gibt noch viel zu tun, um widerständige Frauengeschichte sichtbar zu machen. ■

* Uta Grunert arbeitet in der Geschäftsstelle von KoBra. Die *Babaçu-Nusssammlerin Donha Dijé* traf sie 2018 beim Alternativen Weltwasserforum FAMA in Brasilia.

Die Waffenexporte der Schweiz steigen und die Kriterien, in welche Länder geliefert werden darf, sind vage definiert. Erfahrungen in Ländern mit hohen Gewalttaten zeigen: Mehr Waffen und repressive Politik machen die Situation nur noch schlimmer.

Der tödliche Kreislauf der Waffengewalt Strengere Regeln für Waffenexporte sind dringend nötig!

von Annette Mokler*

In den Armenvierteln brasilianischer Grossstädte herrschen bürgerkriegsähnliche Zustände

Für Jugendliche in Brasilien gehört tödliche Waffengewalt zum Alltag. Jeder kennt Mordfälle in seinem näheren Umfeld. In Brasilien wurden 2017 laut Statistik 65.602 Menschen ermordet. Der Grossteil davon sind schwarze Jugendliche. Die Mordrate an Jugendlichen ist eine der höchsten der Welt. Obwohl die brasilianischen Gefängnisse überfüllt sind, bleibt Mord überwiegend straffrei.

Silvia dos Santos (53) ist eine der vielen Mütter, die ihren Sohn in dieser Spirale der Gewalt verloren hat: „Die Ermordung meines Sohnes hat mir für immer das Herz gebrochen: Eine Wunde, die niemals heilt. Ich habe so viel geweint, dass ich jetzt keine Tränen mehr habe.“ Sie hat sich einer von GCASC (grupo comunidade assumindo suas cri-

anças) organisierten Selbsthilfegruppe von trauernden Müttern in Recife (Peixinhos) angeschlossen. GCASC in Recife arbeitet mit den unmittelbaren Betroffenen von Waffengewalt: den Müttern, deren Söhne ermordet wurden. Verbunden in Schmerz und Trauer geben sich die Mütter bei den

Treffen gegenseitig Halt und die Solidarität der Gruppe hilft, aus der Ohnmacht auszubrechen. Eine Jugendgruppe begleitet die Mütter in ihrer Trauerarbeit. Zusammen mit den Müttern setzen sich die Jugendlichen intensiv mit den tieferen Ursachen der Gewalt auseinander. Die jungen Leute haben daraus verschiedene Materialien entwickelt, mit denen sie Sensibilisierungswshops in sozialen

Institutionen und Schulen ihrer Favela durchführen, Radio-sendungen gestalten und Ausstellungen organisieren. Mit vereinten Kräften fordern sie von der Politik eine menschlichere Sicherheitspolitik. Dabei kämpfen sie gegen die medial vermittelten Diskriminierungen und Vorurteile an, dass Sicherheit durch Bekämpfung des Drogenhandels geschaffen werden könne. Allen am Projekt Beteiligten ist klar: Noch mehr gewaltsame Polizeieinsätze treiben die Gewaltspirale nur nach oben. Was ihr Viertel braucht sind Sozialprogramme für Jugendliche.

Illegaler Waffenhandel und polizeiliche Willkür

In Brasilien ist das organisierte Verbrechen eng mit dem staatlichen Sicherheitsapparat verfilzt. Nicht selten werden bei Tötungsdelikten Kugeln aus Polizeibeständen gefunden. Es ist weit verbreitet, dass Waffen aus Polizei- oder sogar

Vor einem Jahr wollte die Schweizer Regierung die Bestimmungen für Waffenexporte lockern. Waffen sollten auch in Bürgerkriegsländer verkauft werden können, wenn kein Grund zur Annahme besteht, dass das Kriegsmaterial in internen Konflikten eingesetzt wird. Dafür hat der Bundesrat viel Kritik geerntet. Ein breites Spektrum von Organisationen hat sich für die Korrektur-Initiative engagiert. Sie fordert einen Export-Stopp für Schweizer Waffen in Bürgerkriegsländer und in Länder, in denen systematisch Menschenrechte verletzt werden.

Nur sechs Monate nach der Lancierung hat die Allianz gegen Waffenexporte in Bürgerkriegsländer am 24. Juni die in Rekord-Zeit gesammelten 134.000 Unterschriften eingereicht. Nach Prüfung der Unterschriften durch die Bundeskanzlei ist nun offiziell bestätigt, dass die Initiative mit 126.355 gültigen Stimmen zu Stande gekommen ist. In den letzten vier Jahren gab es in der Schweiz keine Volksinitiative, die schneller eingereicht werden konnte und die öfters unterzeichnet wurde. Das stimmt zuversichtlich für den bevorstehenden Abstimmungskampf. Die Bevölkerung muss endlich ein echtes Mitspracherecht erhalten, wenn es um die Exporte von Waffen geht!

www.terredeshommesschweiz.ch/de/wir_tun/kampagnen/waffenhandel/

www.korrektur-initiative.ch/ .

Konzernverantwortung in der Schweiz

Keno (Valmir Mota de Oliveira, dem 2007 ermordeten brasilianischen Aktivistin der Landlosenbewegung MST) ist das Schwarzbuch Syngenta gewidmet, in dem die Untaten dieses multinationalen Saatgut- und Agrargiftherstellers mit Sitz in der Schweiz systematisch beleuchtet werden. Wie jedes Jahr fand auch 2019 die Protestdemonstration 'March Against Syngenta' mit über 2.000 Menschen in Basel statt.

Multinationale Konzerne mit Sitz in der Schweiz verletzen systematisch Menschenrechte und Umweltschutz in Ländern wie Brasilien. Zivilgesellschaftlichen Protest gegen diese skrupellosen Machenschaften gibt es seit langem. Nun hat sich ein breites zivilgesellschaftliches Bündnis - die Volksinitiative KOVI | Konzernverantwortungsinitiative in der Schweiz - an die Regierung gewandt. Die Konzernverantwortungsinitiative fordert, dass Konzerne mit Sitz in der Schweiz ihre Projekte in Bezug auf Menschenrechte und Umwelt mittels Sorgfaltsprüfung optimieren. Tun sie das nicht, sollen sie für Menschenrechtsverletzungen durch ihre Tochterunternehmen geradestehen. Beide Elemente der Initiative sind weithin anerkannt und entsprechen in anderen Ländern bereits der heutigen Praxis. Die Initiative ist eingebettet in einen internationalen Trend hin zu verbindlichen Regeln für Konzerne. Im Zentrum dieser Entwicklung steht der aktuelle internationale Konsens zur Frage der Unternehmensverantwortung: Die UNO-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte.

<https://konzern-initiative.ch/>

Militärbeständen durch illegale Kanäle in die Hände des organisierten Verbrechens gelangen. Zudem sind die Sicherheitskräfte selbst verantwortlich für viele der gewaltsamen Tode von Jugendlichen. Allein 2018 wurden in Brasilien 6.160 Menschen von Polizist*innen erschossen und die Tendenz ist unter dem ultra-rechten Präsidenten steigend (es sind 18% mehr als im Vorjahr). Legitimiert durch eine populistische Rhetorik des Kampfes gegen den Drogenhandel und durch sehr hohe Straflosigkeit bei Polizeigewalt ist willkürlicher Schusswaffengebrauch der Sicherheitskräfte an der Tagesordnung. Jugendliche aus den Favelas stehen für die Polizei unter Generalverdacht, in den Drogenhandel verwickelt zu sein, und damit rechtfertigen sie den Einsatz von Schusswaffen.

Dieses Beispiel zeigt, dass Waffen nicht an Regierungen verkauft werden dürfen, die diese brutal und ohne Beachtung der Menschenrechte gegen die eigene Bevölkerung einsetzen oder die den illegalen Waffenhandel nicht unter Kontrolle haben.

Nach den jüngsten Zahlen des Staatssekretariats für Wirtschaft Seco hat die Schweiz im ersten Semester 2019 Kriegsmaterial für 273 Millionen Franken in 64 Länder exportiert: Eine Zunahme im Wert von 68 Mio. Franken im Vergleich zum Vorjahr. Allein nach Brasilien wurde Kriegsmaterial im Wert von rund 6 Mio. Franken verkauft. Die Korrektur-Initiative (siehe Kasten) fordert eine stärkere

demokratische Kontrolle und deutliche Begrenzung dieser steigenden Exporte. Dabei geht es nicht nur um Exportverbote in Bürgerkriegsländer. ■

* Annette Mokler ist Programmkoordination Brasilien, Westsahara und Peru bei terredeshommes schweiz in Basel.

Der Pharmakonzern Bayer verkauft in Brasilien Pestizide, die in der EU wegen ihrer Auswirkungen auf Umwelt und Gesundheit längst verboten sind. Das Insektizid Larvin etwa, das im Mais- und Sojaanbau eingesetzt wird, enthält ein krebserregendes Nervengift. Für Menschen, die in der Landwirtschaft arbeiten oder in der Umgebung leben, besteht ein besonderes Gesundheitsrisiko.¹

Zeit für ein Lieferkettengesetz

von Eva-Maria Reinwald*

Eine Tochterfirma der deutschen TÜV-Süd-Gruppe zertifizierte für das brasilianische Bergbauunternehmen Vale im Herbst 2018 die Sicherheit des Damms eines Rückhaltebeckens für Minenschlämme in der Gemeinde Brumadinho. Die brasilianischen Behörden gingen damit davon aus, dass der Damm sicher ist. Im Januar 2019 brach der Damm und riss mindestens 246 Menschen in den Tod. Flüsse und Trinkwasser wurden durch den schwermetallhaltigen Schlamm verseucht.²

Zwei Fälle, die zeigen, dass deutsche Unternehmen mit ihren weltweiten Geschäften immer wieder Menschenrechtsverletzungen und Umweltschäden in Kauf nehmen.

Gegen Gewinne ohne Gewissen hilft nur ein gesetzlicher Rahmen

Mit Aufrufen zu freiwilligem Engagement der Wirtschaft – das zeigen Erfahrungen der letzten 20 Jahre – sind die Probleme in den weltweiten Unternehmensgeschäften nicht zu lösen. Es braucht ein Gesetz, das Unternehmen verpflichtet, Menschenrechte und grundlegende Umweltstandards in ihren Auslandsgeschäften zu achten. Ein breites zivilgesellschaftliches Bündnis hat sich daher zur „Initiative Lieferkettengesetz“ zusammengeschlossen, um sich gemeinsam für einen gesetzlichen Rahmen zu engagieren.

Ein Lieferkettengesetz würde z.B. Bayer verpflichten, die Auswirkungen seines globalen Pestizidverkaufs zu untersuchen. Das Unternehmen müsste einen Verkaufsstopp jener Pestizide in Erwägung ziehen, die hohe Risiken für die Bevölkerung hervorrufen, weil sie als hochgefährlich eingestufte Wirkstoffe enthalten oder keine sichere Anwendung gewährleistet ist. Menschen, die durch Bayer-Pestizide geschädigt wurden, könnten das Unternehmen verklagen.

Ein deutsches Lieferkettengesetz hätte auch die Katastrophe von Brumadinho verhindern können. TÜV Süd wäre mit einem

solchen Gesetz verpflichtet gewesen, die menschenrechtlichen Risiken einer Zertifizierung durch sein brasilianisches Tochterunternehmen zu untersuchen. Wenn sich bestätigt, dass TÜV Süd trotz des Wissens um die Risiken aus wirtschaftlichem Interesse die Sicherheit des Damms zertifiziert hat, würde ein Lieferkettengesetz Betroffenen erleichtern, eine Klage gegen TÜV Süd zu führen.

Die politische Diskussion hat begonnen

Die ungeplante Veröffentlichung eines vertraulichen Gesetzesvorschlags für ein Lieferkettengesetz aus dem Entwicklungsministerium im Frühjahr 2019 löste vielfältige Reaktionen aus: Entwicklungs- und Arbeitsministerium stehen einer gesetzlichen Regelung aufgeschlossen gegenüber, während sich Wirtschaftsminister Altmaier beständig gegen jede Vorgabe für Unternehmen sträubt. Während die großen Industrieverbände traditionsgemäß jede Verbindlichkeit ablehnen, spricht sich eine wachsende Zahl von Einzelunternehmen, beispielsweise BMW, Daimler, Tchibo oder Vaude, klar für ein Lieferkettengesetz aus. Sie wollen nicht im Wettbewerbsnachteil sein, wenn sie ihre Geschäftsmodelle umstellen, um die Sorgfaltspflichten einzuhalten.

Klar ist: Es wird auch vom öffentlichen Druck, vom Engagement vieler Einzelner abhängen, ob die Bundesregierung weiterhin mit dem Kurs auf Freiwilligkeit ein „Business as usual“ befördert oder ob sie mit einem Lieferkettengesetz wirksam die Spielregeln für Unternehmen verändert.

Initiative Lieferkettengesetz

In der Initiative Lieferkettengesetz tritt ein breites Bündnis aus NGOs, Gewerkschaften und Kirchen für eine Welt ein, in der Unternehmen Menschenrechte achten und Umweltzerstörung vermeiden — auch im Ausland. Hintergründe, Forderungen und Möglichkeiten, selbst aktiv zu werden finden sich auf: lieferkettengesetz.de. ■

* Eva-Maria Reinwald ist Politikwissenschaftlerin (M.A.) und seit 2016 Promotorin für Globale Wirtschaft und Menschenrechte beim SÜDWIND-Institut in Bonn.



- 1 Zu diesem Fall vgl.: „Gegen das Gift der Gewissenlosigkeit hilft nur noch ein gesetzlicher Rahmen“, Fallbeispiel der Initiative Lieferkettengesetz, Berlin: September 2019, auf lieferkettengesetz.de.
- 2 Zu diesem Fall vgl.: „Damit nicht alle Dämme brechen, braucht es endlich einen gesetzlichen Rahmen“, Fallbeispiel der Initiative Lieferkettengesetz, Aachen/Berlin: September 2019, auf lieferkettengesetz.de.

Runder Tisch Brasilien 2019 Bolsonarismo in Brasilien - Unternehmen und Menschenrechte vom 08.11. bis 10.11. in Weimar

Mit Jair Bolsonaro hat Brasilien derzeit einen Präsidenten, der während seiner gesamten politischen Laufbahn aus seiner Verachtung für Demokratie, Menschenrechte und die Rechte von Minderheiten nie einen Hehl gemacht hat.

Die Agenda des ersten Amtsjahres ist alarmierend: Soziale Rechte und Minderheitenschutz werden massiv beschnitten. Gewerkschaften, Feminist*innen, LGBTIQ-Aktivist*innen, Vertreter*innen sozialer Bewegungen wie der Landlosenbewegung MST oder der urbanen MTST sowie Indigene und Quilombolas werden zu gesellschaftlichen Feinden erklärt. Keine dieser Gruppen soll der wirtschaftlichen und moralischen Erneuerung des Landes unter der Regierung Bolsonaro im Weg stehen. Während die Bewegungen weiter auf die Straße gehen und für den Erhalt ihrer Rechte kämpfen, nimmt die Gewalt zu. Allein in Rio de Janeiro ist in den ersten 100 Tagen der Regierung Bolsonaros die Zahl der von Polizisten Ermordeten um 36% gestiegen.

Vertreter deutscher Unternehmen haben sich hingegen direkt nach der Wahl positiv zu Bolsonaro geäußert. Das Bundeswirtschaftsministerium sieht in der brasilianischen Regierung einen verlässlichen Partner. Auch für die Schweiz stellt Brasilien der wichtigste Handelspartner in Lateinamerika dar. Wirtschaftlicher Profit geht häufig mit Entwaldung und ökologischen Schäden einher: Umweltzerstörung und Folgeschäden von Bergbau und agrarindustrieller Produktion - auf Kosten der lokalen Bevölkerung.

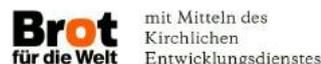
Selbst der Handel mit Waffen und Sicherheitstechnologie nimmt neue Fahrt auf, zumal Bolsonaros Sicherheitspolitik und die Lockerung der Waffengesetze gute Absatzmöglichkeiten versprechen.

Die hiesige Politik hat erkannt, dass Unternehmensverantwortung nicht an den eigenen Landesgrenzen enden darf. Die Regularien dafür sind bislang oft unscharf. Welche Instrumente fordern wir von Regierungen und Unternehmen im deutschsprachigen Raum in Bezug auf ihren Umgang mit Menschenrechten? Und wo greifen allein transnationale Instrumente?

Neben fachlichen Impulsen gibt es Gelegenheit für Diskussion, Vernetzung und Austausch. Die Tagung findet zweisprachig statt und wird simultan übersetzt. Eine Kinderbetreuung ist organisiert. Ein Markt der Möglichkeiten bietet Raum für eigene Angebote der Teilnehmer*innen.



Gefördert durch:



Gefördert durch ENGAGEMENT GLOBAL mit Mitteln des



HIDROVIA AQUI NÃO

NOS CRIANÇAS PRECISAM DE ÁGUA SEM FÉRIAS PARA O FUTURO!
Gustavo
12/10
MS

do
tanal
lão